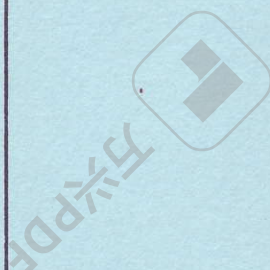


中国报导

CHINA-  
REPORT

Number 3/1972





# 中国报导

## CHINA- REPORT

### INHALTSVERZEICHNIS

- Seite 5 Dr. Gerhard Hafner, Wien  
Das sozialistische Völkerrecht und die Beziehung zur  
Volksrepublik China in der Sowjetischen Völkerrechtsdoktrin
- Seite 13 Dr. Heribert Franz Köck, Wien  
Das Verhältnis Chinas zum Heiligen Stuhl
- Seite 27 Dkfm. Peter Jehly, Wien  
Einige Fragen zum chinesischen Verkehrssystem
- Seite 32 Gespräch mit Generalkonsul DDr. F. J. Haslinger, dem  
Vorsitzenden des China-Ausschusses der österreichischen  
Industriellenvereinigung
- Seite 35 Dr. Chang Sun-fen, Sofia  
Aus der Wiener Studienkonferenz 1972  
„China in der neuen Welt“
- Seite 41 Vivien Pick  
Ich denke an die Heimat
- Seite 42 Chronik der österreichisch-chinesischen Beziehungen  
Fakten und Daten
- Seite 44 Ankündigungen und Inserate



Dr. Gerhard Hafner, Wien

## DAS SOZIALISTISCHE VÖLKERRECHT UND DIE BEZIEHUNGEN ZUR VOLKSREPUBLIK CHINA IN DER SOWJETISCHEN VÖLKERRECHTS-DOKTRIN

Wenngleich klare Aussagen über den völkerrechtlichen Charakter der Beziehungen der Sowjetunion zur Volksrepublik China (im folgenden China genannt) in der sowjetischen Literatur fehlen, sei dennoch an dieser Stelle von der sowjetischen Doktrin ausgehend eine mögliche Charakterisierung versucht. Dabei sollen vor allem die theoretischen Aspekte dieser Charakterisierung zugrunde gelegt werden. Den Rahmen dieses Artikels würde es aber sprengen, wollte man damit noch eine fundierte Kritik der sowjetischen Völkerrechtstheorie verbinden, so daß das eigentliche Vorhaben darin besteht, die Aussagen der sowjetischen Völkerrechtstheorie zum gegebenen Thema zugänglich zu machen und ihre Übereinstimmung mit den sozialistischen Grundvorstellungen nachzuweisen.

### 1. Allgemeines

Zwar steckt die Methodendarstellung der sowjetischen Völkerrechtswissenschaft derzeit noch in den anfänglichen Diskussionen, doch läßt sich bereits eine Neigung zur soziologischen Vorgangsweise bei der Erfassung des Völkerrechts erkennen. Es könnte nämlich – so führen die Autoren an – der Mechanismus der Ingerenz des Rechts (dabei auch des Völkerrechts) auf die gesellschaftlichen Beziehungen ohne konkrete soziologische Erforschungen nicht zur Gänze verstanden werden; 1) gleichzeitig entspricht dieser Methode die ständige Suche nach der „objektiven Basis“ des Völkerrechts 2) – ein Unterfangen, dessen Schwierigkeiten sich insbesondere daraus ergeben, daß vornehmlich zwei im ideologischen Kampf einander gegenüber beharrende Staatensysteme den internationalen Beziehungen als vorausgesetzt gelten. 3) Als diese objektive Basis, die dem Völkerrecht in jeder seiner Epochen spezifische, allein für eine Epoche gültige Eigenschaft verleiht, begreift Bobrov das Zusammenwirken der staatlich getrennten Gesellschaft mit dem fortschreitenden Bedarf der einzelnen existierenden Einheiten (der Staaten) in den gegenseitigen Beziehungen. 4) Es werden mithin zwei das Völkerrecht bestimmende Faktoren genannt: einerseits die Grundeinheiten des Völkerrechts – die Staaten, andererseits deren gegenseitigen Beziehungen, ein Faktor, der zweifellos die Interdependenz der Staatengemeinschaft ausdrücken soll. 5)

Beide Faktoren lassen sich aber von der Gesellschaft nicht frei manipulieren, sondern gestalten sich in Abhängigkeit von den grundlegenden Entwicklungsgesetzen der menschlichen Gesellschaft, die letztlich auf der ökonomischen Struktur der Gesellschaft – der Basis – beruhen. Somit erhalten die einzelnen Vorgänge in der Staatengemeinschaft einen Stellenwert, der sich nach der vorgegebenen gesetzmäßigen Entwicklung ausrichtet, derzeit danach, ob der betreffende Vorgang dem Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus entspricht. 6)

Dieser Exkurs in den ideologischen Hintergrund der sowjetischen Völkerrechtsdoktrin liefert nun jene Argumentation, die zur Unterscheidung des Völkerrechts der friedlichen Koexistenz von jenem des proletarischen Internationalismus führt. Dem Völkerrecht der friedlichen Koexistenz liegt als *conditio sine qua non* der Antagonismus des kapitalistischen und sozialistischen Staatensystems zugrunde, Ausdruck der Heterogenität der Staatenwelt. Die einander entgegengesetzten Ideologien, die in einem kämpferischen Verhältnis zueinander stehen, ermöglichen bloß eine friedliche Koexistenz der Staaten mit verschiedenen sozialen Systemen, ein Verhältnis, das sowohl Elemente des Kampfes als auch der Zusammenarbeit in sich birgt.

Die völkerrechtlichen Prinzipien, die diese Beziehungen regeln, erscheinen in der sowjetischen Literatur in verschiedener Zahl und Gestalt: am ehesten lassen sie sich noch als jene Prinzipien erfassen, die in der Satzung der Vereinten Nationen enthalten sind. 8)

### 2. Das sozialistische Völkerrecht

Nachdem die sozialistischen gesellschaftspolitischen Vorstellungen auch in anderen Staaten als der Sowjetunion vorherrschend geworden waren und im dortigen staatlichen Aufbau gefestigt erschienen, erhob sich die Frage nach der politischen und rechtlichen Qualifizierung der zwischen diesen Staaten bestehenden Beziehungen; schließlich konnten die den Prinzipien der friedlichen Koexistenz vorausgesetzten antagonistischen Widersprüche nicht mehr auf das Verhältnis zwischen den sozialistischen Staaten übertragen werden.

Korovin hatte deswegen schon relativ früh eine Dreiteilung des Völkerrechts vorgeschlagen, nämlich in das Völkerrecht der kapitalistischen Staatengemeinschaft, der sozialistischen Staatengemeinschaft und jenes Völkerrecht, das die Be-



ziehungen zwischen diesen beiden Staatengruppen regeln sollte, war aber damit auf den heftigen Widerspruch der übrigen sozialistischen Völkerrechtsdoktrin gestoßen. 9)

Nichtsdestoweniger kam dieser Gedanke von der Art einer Teilung des Völkerrechts später wieder zum Durchbruch, wenn auch mit anderen Aspekten versehen. Ungefähr seit dem Jahre 1957 wird ein eigener Typ der Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern behauptet und diskutiert, wieweit dieser neue Typ von Beziehungen in dem sie regelnden Völkerrecht seinen Ausdruck gefunden habe. 10) An dieser Diskussion beteiligen sich geschlossen alle Hauptträger der sozialistischen Völkerrechtsdoktrin; 11) sogar Korovin griff seine schon früher vorgebrachte Ansicht in modifizierter Form wieder auf, als er im Jahre 1959 erstmals erschienen Sowjetischen Jahrbuch für Internationales Recht sogar unter Berufung auf Stalin und Mao Tse-Tung für ein eigenes sozialistisches Völkerrecht eintrat. 12) Derzeit besteht nun unter den sozialistischen Völkerrechtlern kaum mehr ein Leugner eines eigenen Völkerrechts, das die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten regelt.

Ohne hier auf die Einzelheiten dieser Diskussion eingehen zu wollen, seien hier die Grundzüge dieses Völkerrechts angeführt, wie vor allem die sowjetische Literatur sie bietet:

Bei der Beschreibung dieses Völkerrechts geht Usenko vom obersten Prinzip des Völkerrechts schlechthin aus: vom Prinzip des ewigen Friedens; die Idee des Friedens bilde die allgemeinste Grundlage des Völkerrechts, trete allerdings in den verschiedenen Bereichen der internationalen Beziehungen in verschiedener Gestalt auf. In den gegenseitigen Beziehungen der Staaten mit verschiedenen gesellschaftlichen Systemen erhalte sie die Form des Prinzips der friedlichen Koexistenz, in den gegenseitigen Beziehungen der sozialistischen Staaten realisiere sie sich dagegen im Prinzip des sozialistischen Internationalismus. 13) Vom völkerrechtlichen Standpunkt aus bedeutet dieses Prinzip des sozialistischen Internationalismus „das Recht und die Pflicht jedes sozialistischen Staates, die brüderliche Zusammenarbeit mit den anderen sozialistischen Staaten im Kampf für den Sozialismus und Kommunismus auf der Basis der völligen Freiwilligkeit, Gleichberechtigung, Achtung der Souveränität, des Interventionsverbots, des gegenseitigen Vorteils und der kameradschaftlichen gegenseitigen Hilfe zu verwirklichen“. Als all umfassendes Prinzip der sozialistischen internationalen Beziehungen vereinige es alle grundlegenden Prinzipien dieser Beziehungen dadurch, daß es deren

Inhalt determiniere, wodurch diese wiederum zu Teilen des sozialistischen Internationalismus werden. 14)

Die einzelnen konkreten Prinzipien und Normen des sozialistischen Völkerrechts liegen allerdings in einer taxativen Aufzählung nicht vor, sie werden bloß grundsätzlich unterteilt in demokratische Normen (Prinzipien, Institute) des allgemeinen Völkerrechts, die zur Regelung der Beziehungen zwischen den Ländern des Sozialismus dienen, und solche Normen, die allein zwischen den sozialistischen Staaten angewendet werden. 15)

Allerdings wird die erste Gruppe von Normen nicht mechanisch aus dem Völkerrecht der friedlichen Koexistenz in das des sozialistischen Internationalismus übernommen; denn auf der neuen Ebene erhalten diese Normen einen neuen, sozialistischen Inhalt, da sie nunmehr der Sicherung der Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus dienen. In weiterer Folge ändert aber dieser neue Inhalt, der diesen Prinzipien zu einer neuen Qualität verhilft, auf die eine oder andere Weise auch deren normative Bedeutung, so daß – um mit Usenko zu sprechen – schließlich nur mehr deren „normativer Inhalt“ unverändert bleibt. 16) Tunkin geht allerdings noch weiter, indem er klar von einer Änderung des Inhalts dieser Prinzipien spricht: allmählich ändern sich die Verhaltensregeln – als Teil des Norminhalts – selbst und werde insbesondere der teleologische Aspekt der Norm ein anderer: die sozialen Folgen der Wirkung der völkerrechtlichen sozialistischen Prinzipien differieren deutlich von denen der Normen des allgemeinen Völkerrechts. Dadurch seien es schon nicht mehr allgemein demokratische Prinzipien, sondern ganz andere, sozialistische völkerrechtliche Prinzipien, die einem neuen, höheren Typ des Völkerrechts angehören – dem sozialistischen Völkerrecht. Zu ihnen zählen Normen wie die über die Hohe See oder des Gesandtschaftsrechts, deren Interpretation nunmehr im Lichte der grundlegenden Prinzipien des sozialistischen Internationalismus erfolgt. 17)

Obwohl die sowjetische Literatur selbst jene Prinzipien, die allein im sozialistischen Völkerrecht existieren, nicht einhellig darstellt, können sie grundsätzlich an den folgenden drei Prinzipien ausgerichtet werden: 18)

- a) dem Prinzip der Vereinigung der Interessen einzelner Länder mit den allgemeinen Interessen aller Staaten des sozialistischen Systems; ihm zufolge müssen alle diese Staaten bei der Lösung allgemeiner Probleme auf multilatera-



ler Basis die realen Möglichkeiten und nationalen Besonderheiten jedes Landes berücksichtigen – wie jedes völkerrechtliches Prinzip prädeterniniere es die konkreten in internationalen Verträgen und Abkommen verankerten Rechte und Pflichten seiner Subjekte;

- b) dem Prinzip der gegenseitigen Hilfe; die ihm entstammenden Rechte und Pflichten bestehen im Recht jedes sozialistischen Landes auf Unterstützung von seiten der Bruderstaaten und in der Verpflichtung, anderen Bruderstaaten nach Maßgabe der Möglichkeiten Hilfe zu leisten; Usenko läßt dieses Prinzip sogar an die Stelle des Gewaltverbots treten, das in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern mangels antagonistischer Widersprüche seinen Platz verloren hat (19) – dem korrespondiert auch die außenpolitische Funktion des sozialistischen Staates, wie sie Blisenco begreift; seiner Ansicht nach habe sich die Funktion, einen Angriff von außen abzuwehren, dergestalt gewandelt, daß nunmehr ein sozialistischer Staat im Falle eines Angriffs nicht nur sich, sondern auch alle anderen sozialistischen Staaten, somit die Grenzen der sozialistischen Gemeinschaft, verteidigen werde. (20)
- c) der brüderlichen Freundschaft, verstanden nicht bloß als Ziel der Beziehungen sozialistischer Staaten, sondern auch als Eigenschaft, die jedem sozialistischen Staat organisch anhaftet.

Wie in dieser Darstellung, so sind auch in den anderen Ausführungen diese Prinzipien in äußerst unscharfer Weise gefaßt und deswegen einer exakten Definierung kaum zugänglich. (21) Auch wird die gegenwärtige und zukünftige Schaffung neuer Prinzipien dieser Art durch ihre Verankerung in internationalen Verträgen und Abkommen nicht ausgeschlossen, (22) was aber zu ihrer Erfafbarkeit und Abgrenzung nicht beiträgt.

Diese Aussagen liefern auch kaum Hinweise dafür, wieweit sich das sozialistische Völkerrecht der Form und dem Inhalt nach vom allgemeinen Völkerrecht bereits entfernt hat. Ihre Beziehung zueinander stellt Tunkin als solche zwischen universellem und lokalem Völkerrecht hin, allerdings bloß unter einem „statistischen Aspekt“, wobei die sozialistischen Prinzipien und Normen jenen des allgemeinen Völkerrechts nicht widersprechen – in weiterer Konsequenz nicht einmal dem jus cogens des allgemeinen Völkerrechts. Obwohl diese imperativen Normen auch laut Tunkins Definition keine Derogation durch eine Vereinbarung zwi-

schen Staaten zulassen, kann er die Prinzipien des jus cogens offensichtlich nicht so auffassen, als hinderten sie „die progressive Entwicklung des Völkerrechts und auf der Basis der Gleichberechtigung und Freiwilligkeit die Schaffung lokaler Völkerrechtsnormen, die in der Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und der Friedenssicherung weiter als die Normen des allgemeinen Völkerrechts gingen und einen im Vergleich zum allgemeinen Völkerrecht höheren Grad der Integration ausdrückten“. (23) Diese Ansicht überwindet zwar die Nachteile, die der statische Effekt des jus cogens in sich birgt, verliert aber sofort ihre Haltbarkeit, wenn ihr nicht eine an der axiomatischen Gesellschaftsentwicklung orientierten Bewertung des jus cogens vorausgesetzt wird. (24)

## 2. 1. Die objektive Basis des sozialistischen Völkerrechts

Entsprechend den Grundvorstellungen des Marxismus-Leninismus entsteht das sozialistische Völkerrecht auf einer neuen soziologischen Basis internationaler Beziehungen, die sich aus der Gleichartigkeit der gesellschafts-politischen Struktur der an ihnen beteiligten Staaten einerseits und der Homogenität der von diesen Staaten gepflegten Beziehungen andererseits ergibt. Als Komponente dieser objektiven Basis werden genannt: die gleichartige ökonomische Basis der sozialistischen Staaten – das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln, der gleichartige staatliche Aufbau – die von der Arbeiterklasse angeführte Macht des Volkes, die gleiche Ideologie – der Marxismus-Leninismus, das gemeinsame Interesse an der Verteidigung der revolutionären Errungenschaften und der nationalen Unabhängigkeit von den Angriffen des imperialistischen Lagers und das gemeinsame große Ziel der Kommunismus. (25) Die beiden Faktoren, der gleichartige staatliche Aufbau und die homogenen zwischenstaatlichen Beziehungen, denen jeder antagonistische Widerspruch fremd ist, bestimmen auch die von Ajrapetjan als für das sozialistische Weltssystem charakteristisch bezeichneten drei Gruppen von Gesetzmäßigkeiten. Die erste dieser Gruppen beziehe sich nämlich auf die Verwirklichung der sozialistischen Revolution und Aufgaben des sozialistischen und kommunistischen Aufbaus innerhalb jedes Landes, die zweite auf die grundlegendsten Eigenschaften aller gegenseitigen Beziehungen der in der sozialistischen Gemeinschaft vereinigten Staaten; die dritte von Ajrapetjan noch hinzugefügte Gruppe von Gesetzmäßigkeiten umfasse die Beziehungen der sozialistischen Staaten zu den kapitalistischen und jungen



8  
souveränen Staaten, überschreite in ihrer Wirkung allerdings schon den eigentlichen Bereich der sozialistischen Gemeinschaft. 26)

Die Qualifizierung dieser Faktoren als objektive Basis des sozialistischen Völkerrechts liefert aber auf der anderen Seite die Berechtigung, sie gleichzeitig als Voraussetzung dieses Völkerrechts zu betrachten, ohne dessen Vorhandensein das neue Völkerrecht gar nicht entstehen und angewendet werden könnte.

## 2. 2. Die Verwirklichung der sozialistischen Völkerrechtsprinzipien

Die Realisierung der sozialistischen Völkerrechtsprinzipien erfolgt vorwiegend auf zwei Ebenen, der politischen und der wirtschaftlichen, als deren Hauptinstrumente in erster Linie zwei Organisationen gelten: die Organisation des Warschauer Paktes 27) und der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, beide ergänzt durch ein Netz von weiteren Vertragsbeziehungen. 28)

### 2. 2. 1. Der Warschauer Pakt

Wenngleich die sozialistische Literatur immer wieder hervorhebt, daß die Organisation des Warschauer Paktes auch Staaten mit entgegengesetztem gesellschaftlichem Aufbau offenstehe, 29) gilt diese Organisation aber in gleicher Weise als dem sozialistischen Völkerrecht untergeordnet. 30) So bezeichneten sich ihre Mitgliedsstaaten in einer vom Politischen Komitee der Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes im März 1968 angenommenen Erklärung als „treu den Prinzipien des sozialistischen proletarischen Internationalismus“. 31) Demnach ist diese Organisation eindeutig zu den sozialistischen zu zählen, als grundlegende Form der politisch-militärischen Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten, wie es auch Breznev vor dem XXIV. Parteitag der KPdSU hervorhob. 32) Die Mitgliedschaft in ihr kann somit als Indiz für die Zugehörigkeit zum Kreis jener Staaten gedeutet werden, deren Beziehungen zueinander das Völkerrecht des sozialistischen Internationalismus regelt.

### 2. 2. 2. Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe

Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RgW) stellt sich als Hauptinstrument der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten dar, mit dessen Hilfe die sozialistische wirtschaftliche Integration als ökonomischer Aspekt des Prinzips des proletarischen Internatio-

nalismus erreicht werden soll. 33) Tunkin leitet diese Integration aus dem Wesen des sozialistischen gesellschaftlichen Aufbaus ab; ihre Notwendigkeit folge aus der Gesetzmäßigkeit der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems. 34) Der Weg zur Erreichung dieses Zieles führte die sozialistische Staatengemeinschaft über den Abschluß von anfangs bilateralen, später multilateralen Abkommen bis zur Schaffung eben des RgW, dem eine Reihe anderer sozialistischer Organisationen zur Seite stehen, deren Aufgaben auf einem spezielleren Sektor liegen. 35)

Damit treten als entscheidend für die Beurteilung, ob ein Staat den sozialistischen Beziehungen angehört und dem sozialistischen Völkerrecht unterworfen ist, besonders zwei Kriterien hervor: auf der einen Seite die gleiche objektive Basis wie bei den dem sozialistischen Völkerrecht zugehörigen Staaten (unter beiden Aspekten), auf der anderen das Verhältnis zur rechtlichen Verflechtung der sozialistischen Staaten. 36)

## 3. Die Deskription Chinas und seiner Beziehungen zu den übrigen sozialistischen Staaten

Die Beurteilung der Stellung Chinas zum sozialistischen Staatensystem anhand der beiden genannten Kriterien läßt somit Rückschlüsse auch darauf zu, ob die Beziehungen zwischen China und dem sozialistischen Staatensystem insbesondere gemäß der sowjetischen Völkerrechtsdoktrin, vom sozialistischen Völkerrecht geregelt werden.

Wie gezeigt, weist die objektive Basis der neuen zwischenstaatlichen Beziehungen zwei Komponenten auf: die innerstaatliche Struktur und die Interessengleichheit der Außenpolitik.

### 3. 1. Der innerstaatliche Aufbau Chinas

Wenngleich die sowjetische Doktrin China seinem gesellschaftspolitischen Aufbau zufolge zu den sozialistischen Staaten zählt, 37) werden doch auch innerstaatliche Vorgänge in China aufgezeigt, die diesen Staat von der eigentlichen sozialistischen Doktrin entfernen. Dazu zählen insbesondere die Vorgänge um die „Kulturrevolution“, „die den Interessen des chinesischen Volkes wesensmäßig fremd und der Sache des Sozialismus gegenüber feindlich waren.“ 38) Die Ursachen für diese Erscheinungen legt die gegwärtige sowjetische Literatur schon in die Anfangszeiten des chinesischen kommunistischen Staates, da der Übergang von bloßen Gruppierungen zur Parteibildung verhältnismäßig rasch vor sich ging. Dabei infiltrierten auch



Anhänger des Anarchismus, des bäuerlichen Sozialismus udgl. die Kreise der Kommunisten und behinderten die revolutionäre Bewegung. Damals nahm auch die Arbeiterbewegung Chinas faktisch erst ihren Anfang, ohne genügend Erfahrungen zu besitzen. Schließlich ordneten die chinesischen revolutionären Demokraten und insbesondere der Intelligenzschicht entstammende Kommunisten die nationale Befreiung der sozialen, den Nationalismus der Idee des Klassenkampfes über. 39) Dieses vom eigentlichen Marxismus-Leninismus abweichende Gedankengut beeinflusst aber nach dieser Auffassung auch noch heute chinesische politische Führer. 40)

### 3. 2. Die Außenpolitik Chinas

Es ist wohl müßig, Beispiele dafür zu bringen, wie sehr von sowjetischer Seite aus der Gegensatz zwischen den Leitideen der internationalen Beziehungen der Sowjetunion und jenen Chinas betont wird. Die Bezeichnung einer „antisowjetischen“ Politik Chinas prägt bis heute die sowjetischen Ausführungen über die sowjetisch-chinesischen Beziehungen. 41) Als die chinesische Regierung versuchte, das sowjetische Volk der sowjetischen Regierung beim Abschluß des Atomteststop-Abkommens in Gegensatz zueinander zu bringen, qualifizierte die sowjetische Regierung dieses Vorgehen sogar als Verletzung der Souveränität der Sowjetunion und der Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten. 42) Auch Breznev betonte auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU die antisowjetische Linie in der Propaganda und Politik Chinas, 43) ebenso wie die Entschließung dieses Parteitages die Außenpolitik Chinas als Kampf gegen die sozialistischen Länder, auf die Spaltung der internationalen kommunistischen und der gesamten antiimperialistischen Bewegung gerichtet bezeichnete. 44) Dabei richtet sich gemäß der sowjetischen Diktion der „antisowjetische“ Kurs Chinas nicht allein gegen die Sowjetunion, sondern überhaupt das gesamte sozialistische Staatensystem. 45)

Somit ist jene objektive Basis nicht mehr zur Gänze gegeben, die als Voraussetzung für die zwischen den sozialistischen Staaten herrschenden Beziehungen dienen könnte.

### 3. 3. Das Verhältnis Chinas zur rechtlichen Verflechtung der sozialistischen Staatengemeinschaft

Borisov hebt die Verschlechterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Sowjet-

union und China hervor, worin sich der Zustand dieser zwischenstaatlichen Beziehungen schließlich manifestiert. Als Symptome dienen ihm die Kündigung des am 3. Juli 1956 zwischen der UdSSR, der Volkrepublik Korea und China abgeschlossenen Vertrages über die Rettung des menschlichen Lebens und die Hilfeleistung für Schiffe und Flugzeuge, die auf See in Not geraten waren, durch China am 24. Juni 1967, bereits des dritten, von China gekündigten multilateralen Vertrages. Die chinesischen Vertreter behinderten auch die Arbeit im Ministerkomitee der Organisation der Zusammenarbeit der Eisenbahnen und wendeten sich von der Organisation der sozialistischen Staaten über Fragen der Elektrizitäts- und Postverbindungen ab. Dazu gesellen sich noch unfreundliche Akte, z. B. gegen die sowjetischen Schiffe „Turkestan“ und „Kamcatskles“, den Transport von Lebensmitteln und Medikamenten für sowjetische Spezialisten in Nordvietnam durch chinesisches Gebiet, oder solche, wie die Annullierung des Übereinkommens über den Transport von sowjetischen Spezialisten für Nordvietnam über chinesisches Gebiet.

Die Beziehungen Chinas zum RgW änderten sich auch insofern, als es auf den Ratstagen von 1956 bis 1961 einen Beobachterstatus einnahm, an den folgenden Ratstagen sich aber nicht mehr beteiligte. 46) Außerdem verminderte sich in der Folge ständig der Umfang des chinesischen Handelsverkehrs mit der UdSSR und anderen sozialistischen Staaten; im Außenhandel Chinas besetzte die Sowjetunion 1967 den 14. Rang; im Jahr 1968 erfolgte zum ersten Mal seit 1949 keine Unterzeichnung eines chinesisch-sowjetischen Handelsprotokolls; der Handel zwischen den beiden Staaten basierte schließlich auf Kontrakten, die bloß einzelne Warensparten betrafen. 47)

China hatte auch bis zum Beginn der 60-er Jahre politisch am Geschehen in der Organisation des Warschauer Paktes mitgewirkt, so daß einige sozialistische Autoren sogar vermeinten, die Rechtswirkung der Organisation auch auf China ausdehnen zu müssen. Im Jahre 1964 kam aber im Bericht des Sekretärs der KPdSU, Suslov, bereits zum Ausdruck, daß China nicht jenen politischen Zielsetzungen gefolgt sei, die sich die Vertragsstaaten des Warschauer Paktes gestellt hatten. 48)

Diese Fakten gestatten es somit nicht mehr, die zwischen dem sozialistischen Staatensystem und China derzeit bestehenden Beziehungen als vom sozialistischen Völkerrecht im vollen Umfang geregelt zu betrachten, da sowohl die objektive Basis fehlt, als auch China der Wille nicht zugeordnet wird, zwischenstaatliche Beziehungen, auf



denen das sozialistische Völkerrecht beruht und aus denen es resultiert, aufrechtzuhalten.

Wenn aber die sowjetische Doktrin China noch in den 50-er Jahren der sozialistischen Staatengemeinschaft hinzuzählte und damit als dem sozialistischen Völkerrecht unterworfen ansah, 49) erhebt sich zweifellos die Frage, ob China von sich aus, d. h. gleichsam durch einseitige Akte, sich aus diesem Staatenbereich im rechtlichen Sinn lösen konnte. 49 a)

Die sowjetischen Autoren anerkennen auch für das sozialistische Völkerrecht das Prinzip der Freiwilligkeit, 50) eng verbunden mit der gegenseitigen Bedingtheit. 51) Somit kann dieses Völkerrecht in zwischenstaatlichen Beziehungen nur dann zur Geltung kommen, wenn die Beziehungssubjekte anerkennen, daß die Prinzipien des sozialistischen Völkerrechts ihre Beziehungen regeln sollen. Diese vom allgemeinen Völkerrecht übernommene voluntaristische Konzeption gilt trotz dem Prinzip der gegenseitigen brüderlichen Hilfe, 52) das öfters als automatisch wirkendes System der kollektiven Sicherheit dargestellt wird. So hält Sobakin eine diesbezügliche Willenserklärung eines angegriffenen Staates nicht notwendig, damit diesem Staat ein anderer in Verwirklichung des Prinzips der kollektiven Sicherheit zu Hilfe kommt. Solcher Rechtmotivierung sei auch die sowjetische Erklärung entsprungen, wonach die Sowjetunion Kuba im Falle einer Aggression zu Hilfe kommen werde, obwohl kein formelles Abkommen zwischen diesen beiden Staaten hinsichtlich einer solchen Situation bestand. 53)

Demgegenüber hat aber die Sowjetunion – ungeachtet eines bereits bestehenden Vertrages (des Warschauer Paktes) – ihre militärischen Maßnahmen sowohl in Ungarn 1956, als auch in der Tschechoslowakei 1968 auf jeweilige Ersuchen, d. h. Willensäußerungen, der beiden Staaten gestützt. 54)

Diese Vorgänge liefern aber Argumente dafür, daß auch im Bereich des sozialistischen Völkerrechts der Normentstehung und ihrer Realisierung eine Übereinstimmung des Willens der betreffenden Beziehungssubjekte vorausgesetzt ist. Zur Anwendung dieser Normen auf Beziehungen zwischen zwei Staaten kann es solange nicht kommen, als der Wille eines der beteiligten Staaten nicht darauf abzielt. Dementsprechend hebt Tunkin hervor, daß „das Prinzip des proletarischen Internationalismus ein völkerrechtliches Prinzip – d. h. eine Norm, die diese Beziehungen regelt und den Staaten gegenseitige Rechte und Pflichten auferlegt – allein in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten

sein kann, die dieses Prinzip anerkennen und beachten“. 55) Die sowjetischen Ansichten über die chinesische Außenpolitik gehen aber davon aus, daß China die Prinzipien des sozialistischen Völkerrechts weder anerkennt, noch beachtet. Aus dem dialektischen Zusammenhang zwischen den im sozialistischen Völkerrecht geltenden allgemeindemokratischen Normen und den neuentstandenen Prinzipien schließt Usenko sogar, daß auch ein Verstoß gegen die ersten eine Leugnung der Prinzipien des sozialistischen Internationalismus impliziere. Davon zeuge die Verletzung der Immunitäten und Privilegien der diplomatischen Vertreter einer Reihe von sozialistischen Staaten in Peking; denn diese Handlungen führten zum Verstoß gegen die Einheit der sozialistischen Gemeinschaft und widersprechen folglich dem eigentlichen Wesen des sozialistischen Internationalismus. 56)

Wenn aber in konsequenter Weise die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten und China nicht mehr als dem sozialistischen Völkerrecht unterworfen gelten können, müßte das Völkerrecht der friedlichen Koexistenz dafür herangezogen werden als jenes Völkerrecht, das die Beziehungen zwischen den sozialistischen und anderen Staaten regelt; diesem ist aber – wie oben dargestellt – die ideologische Auseinandersetzung immanent. Laut Usenko überschritt auch der Kampf der chinesischen Führer gegen die anderen sozialistischen Staaten schon bei weitem den Rahmen der ideologischen Widersprüche und nahm die schärfsten Formen des politischen Kampfes an. 57)

Dennoch aber weigert sich die Doktrin entschieden, diesem Verhältnis jenen Charakter zuzuordnen, der die Beziehungen zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Staaten kennzeichnet, somit das Völkerrecht der friedlichen Koexistenz als die Beziehungen zu China regelnd anzunehmen. Die theoretische Begründung liefert ihnen die dennoch anerkannte sozialistische Struktur Chinas, die nicht dieselben außenpolitischen Interessen wie jene der kapitalistischen Staaten entstehen lassen kann, dies in Einklang mit der vorherrschenden Gesetzmäßigkeit, derzufolge der ökonomische Aufbau die Klassennatur eines Staates und die Grundlagen seiner Innen- und Außenpolitik determiniert. 58) Das zugrundeliegende Interesse richtet sich darauf, die Einheit des sozialistischen Lagers wiederherzustellen. 59)

Usenko weist dabei auf die dialektischen Widersprüche der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems hin, die manchmal von der sowjetischen juristischen Literatur in ihren idealistischen





Vorstellungen vom widerspruchslosen Charakter der Entwicklung der Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten übersehen werden. 60) Dadurch aber, daß China nicht dem kapitalistischen Staatensystem angehört, können auch die genannten Widersprüche nicht jenen zwischen Sozialismus und Kapitalismus gleichgesetzt, sondern bloß als solche innerhalb des sozialistischen Lagers, als nicht-antagonistische, gewertet werden; diese Widersprüche befinden sich gleichermaßen bereits auf einer höheren Ebene der gesellschaftlichen Entwicklung als die antagonistischen. Das darauf basierende Völkerrecht muß aber in Weiterverfolgung dieser Ansicht ebenfalls der bereits höheren gesellschaftlichen Entwicklung entsprechen.

Daraus konsequiert eine Zuordnung des zwischen den sozialistischen Staaten und China angewandten Völkerrechts zum sozialistischen, zumindest von der ideologischen Basis her.

Die sowjetischen Aussagen dazu sind aber bloß von Zielvorstellungen geprägt, die diese Beziehungen verwirklichen sollen, lassen dagegen die bestehende Situation, die Typisierung der gegenwärtigen Beziehungen außer acht. In der gegenwärtigen Phase kann nämlich der Charakter, den die sowjetische Literatur der Innen- und Außenpolitik Chinas beilegt, nicht den Schluß rechtfertigen, als wären die neuentstandenen Prinzipien des sozialistischen Völkerrechts in den Beziehungen zu China realisiert. Daher bleiben als auf diese Beziehungen anwendbare Normen nur mehr jene des sozialistischen Völkerrechts übrig, die vom allgemeinen demokratischen Völkerrecht übernommen wurden. Sie unterscheiden sich allerdings vom allgemeinen Völkerrecht dadurch, daß ihr ideologischer Hintergrund vom sozialistischen Gedanken gut geformt wird. Nur scheint der Prozeß, der von der ideologischen Basis ausgehend zu einer anderen Interpretation und letztlich zu einem anderen Inhalt der betreffenden Normen führt, in den Beziehungen zu China noch nicht abgeschlossen zu sein.

Für den außenstehenden Betrachter unterscheiden sich diese Normen auch in ihrem Inhalt nicht von jenen des allgemeinen Völkerrechts; dieser Betrachter wird sich darauf berufen können, daß die Anwendung von lokalem Völkerrecht die Zustimmung aller daran beteiligten Staaten erfordert, die Sowjetunion aber die Politik Chinas so darstellt, als drücke sie keinen darauf abzielenden Konsens aus. Mangels der Entwicklung eines Völkerrechts in anderer Gestalt als des sozialistischen oder des der friedlichen Koexistenz können somit die auf die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten und China derzeit anzuwendenden

Normen bloß als jene qualifiziert werden, die dem Völkerrecht der friedlichen Koexistenz in Gestalt und Inhalt entsprechen. Allein der funktionelle Aspekt — der soziale Inhalt — dieser Normen ist auf eine höhere Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen abgestellt, wobei aber ihre Verwirklichung noch dahingestellt ist.

#### Anmerkungen:

- 1) Ju. A. Baskin, D. I. Fel'dman, Aktuelle Fragen der Methodologie der sowjetischen Völkerrechtswissenschaft, in: Sowjetisches Jahrbuch für Internationales Recht, 1969, Moskau 1970, S. 177 ff.
- 2) R. L. Bobrov, Grundlegende Probleme der Völkerrechtstheorie, Moskau 1968, S. 8.
- 3) Tunkin selbst zitiert diese von westlichen Theoretikern immer wieder aufgeworfene Problematik; G. I. Tunkin, Theorie des Völkerrechts, Moskau 1970, S. 263.
- 4) Bobrov, (op. cit. s. Anm. 2), S. 8 ff.
- 5) Dieser zweite Faktor kommt auch in der Methodologie wieder zum Vorschein, da dort die Bedeutung der system-strukturellen Analyse für die Erfassung des Völkerrechts betont wird; Baskin, Fel'dman, op. cit. (s. Anm. 1), S. 174. Bobrov versucht auch, in diesem Zusammenhang seine Aussagen mit jenen Tunkins über die gegenseitige Bedingtheit des Willens bei der Normschöpfung zu verbinden; Bobrov, op. cit. (s. Anm. 2), S. 48 f.
- 6) Stellvertretend für viele seien hier bloß genannt: V. M. Cchikvadze, Staat, Demokratie, Gesetzlichkeit, Moskau 1967, S. 41 ff., G. I. Tunkin, Ideologischer Kampf und Völkerrecht, Moskau 1967, S. 149 f.
- 7) Tunkin, op. cit. (s. Anm. 3), S. 42.
- 8) Ursprünglich wurden überhaupt nur fünf dieser Prinzipien behauptet, der von der Akademie der Wissenschaften edierte Völkerrechtskurs zählt bereits deren zehn auf; Völkerrechtskurs, hgb. von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau 1967, Bd. 2, S. 16 ff. Die Gleichsetzung dieser Prinzipien mit jenen in der Satzung der Vereinten Nationen enthaltenen s. I. I. Lukasuk, Völkerrecht, Kiev, 1971, S. 48.
- 9) Vgl. die Darstellung bei Hans Werner Bracht, Ideologische Grundlagen der sowjetischen Völkerrechtslehre, Köln 1964, S. 26 ff.
- 10) Die sowjetische Literatur weist dabei immer wieder auf Tunkins Artikel aus dem Jahre 1957 hin; G. I. Tunkin, Sozialistischer Internationalismus und Völkerrecht, in: Neue Zeit, Moskau 1957, Nr. 51, S. 10 f. Die sich daran anschließende umfangreiche Diskussion über die Rechtsnatur dieser neuen Beziehungen ist wiedergegeben in: Sowjetisches Jahrbuch für Internationales Recht 1958, Moskau 1959, S. 484-525; vgl. auch G. I. Tunkin, V. I. Lenin und die Prinzipien der Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten, in: Sowjetisches Jahrbuch für Internationales Recht 1969, Moskau 1970, S. 19.
- 11) So Tunkin, Usenko, Bobrov, Sursalov.
- 12) E. A. Korovin, Der proletarische Internationalismus



- und das Völkerrecht, in: Sowjetisches Jahrbuch für Internationales Recht 1958, Moskau 1959, S. 50 ff. Von Mao-Tse-Tung zitiert er dessen Charakterisierung der Beziehungen innerhalb des sozialistischen Lagers als solche, wie sie nur zwischen Ländern des Sozialismus möglich sind, „wo Freude und Kummer geteilt wird, wo jeder dem anderen Achtung und Vertrauen entgegenbringt, hilft und alle einander erfreuen“; ebda, S. 53 f.
- 13) Zum Übergang des Begriffs des proletarischen in den sozialistischen Internationalismus s. Tunkin, op. cit. (s. Anm. 10), S. 21. Allerdings ist in der sowjetischen Literatur überhaupt keine Reinheit in der Terminologie zu beobachten, so daß einmal der, einmal jener Ausdruck gebraucht wird.
  - 14) E. T. Usenko, Das Völkerrecht in den gegenseitigen Beziehungen der sozialistischen Staaten, in: Sowjetisches Jahrbuch für Internationales Recht 1966-1967, Moskau 1968, S. 34 ff.
  - 15) Völkerrechtskurs, op. cit. (s. Anm. 8), S. 41 f.; A. S. Bachov, Die Organisation des Warschauer Vertrages, Moskau 1971, S. 56 f.
  - 16) Usenko, op. cit. (s. Anm. 14), S. 42 ff.
  - 17) Tunkin, op. cit. (s. Anm. 3), S. 496
  - 18) Völkerrechtskurs, op. cit. (s. Anm. 8), Bd. 1, S. 109 ff.
  - 19) Usenko, op. cit. (s. Anm. 14), S. 42.
  - 20) I. P. Bliscenko, Die äußeren Funktionen des sozialistischen Staates, Moskau 1970, S. 33 f.
  - 21) Selbst bei Nennung dieser Prinzipien wechselt die Terminologie; Bachov nennt z. B. folgende: der ewige Frieden und seine Unerschütterlichkeit, das Prinzip der Vereinigung der Interessen der einzelnen Länder mit den allgemeinen Interessen aller Staaten des sozialistischen Systems, das Prinzip des gegenseitigen Vorteils, das Prinzip der gegenseitigen Hilfe, die brüderliche Freundschaft als Prinzip der Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten, ders., op. cit. (s. Anm. 15), S. 60 ff.
  - 22) Tunkin, op. cit. (s. Anm. 6), S. 118.
  - 23) Tunkin, op. cit. (s. Anm. 10), S. 28.
  - 24) Nach dieser Auffassung müßte auch der Inhalt die Form einer Völkerrechtsnorm und ihre Rechtskraft beeinflussen.
  - 25) Bobrov, op. cit. (s. Anm. 2), S. 269. Dieser Autor stützt sich dabei auf das Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, S. 20 f; I. P. Bliscenko, Antisowjetismus und Völkerrecht, Moskau 1968, S. 39.
  - 26) M. E. Ajrapetjan, V. V. Suchodeev, Ein neuer Typ der internationalen Beziehungen, Moskau 1964, S. 26 ff. Dieses Werk findet überhaupt weite Anerkennung in der sowjetischen Literatur.
  - 27) Ajrapetjan, op. cit. (s. Anm. 26), S. 168. Neben dieser Organisation dient als rechtliche Basis dieser Zusammenarbeit die große Zahl der bilateralen Freundschaftsabkommen, vgl. Völkerrechtliche Formen der Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten, Hauptred.: V. M. Sursalov, Moskau 1962, S. 78 ff.
  - 28) Vgl. Jens Hacker, Alexander Uschakow, Die Integration Osteuropas 1961 bis 1965, Köln 1966.
  - 29) Völkerrechtliche Formen, op. cit. (s. Anm. 27), S. 130. Allerdings bedarf die Teilnahme einer Einladung durch die Mitgliedstaaten, vgl. Art. 9.
  - 30) G. I. Morozov, Internationale Organisationen, Moskau 1969, S. 169.
  - 31) Pravda, 9. März 1968, zit. bei Morozov, op. cit. (s. Anm. 30), S. 169 f.
  - 32) XXIV. Parteitag der KPdSU, 1971, S. 11.
  - 33) Tunkin, op. cit. (s. Anm. 10), S. 22.
  - 34) Daß somit von einer „bewußt antithetischen Verwendung“ des Begriffs der Integration in der sozialistischen Literatur und außenpolitischen Praxis nicht mehr gesprochen werden kann, beweisen neben diesen Äußerungen Tunkins auch gemeinsame Communiqués der UdSSR und der DDR (vom 14. Juli 1969) und der UdSSR und Polens (vom 4. Oktober 1969), in denen der Begriff der Integration für die sozialistische Staatengemeinschaft verwendet wurde; vgl. Dr. Rolf C. Ribí, Das COMECON, Zürich 1970, S. 439, Tunkin, op. cit. (s. Anm. 10), S. 22.
  - 35) vgl. Völkerrechtliche Formen, op. cit. (s. Anm. 27).
  - 36) s. o.
  - 37) China wird regelmäßig zu den sozialistischen Staaten gezählt, vgl. Internationales Jahrbuch, Politik und Wirtschaft 1970, Moskau 1970, S. 73 ff.
  - 38) O. B. Borisov, B. T. Koloskov, Sowjetisch-chinesische Beziehungen, Moskau 1971, S. 397.
  - 39) Borisov, op. cit. (s. Anm. 38), S. 107 ff.
  - 40) Borisov, op. cit. (s. Anm. 38), S. 111.
  - 41) Es sei nur an die bekannten, täglich in der „Pravda“ erschienen Schilderungen der „Ereignisse in China“ erinnert; vgl. weiters S. Yurkov, Peking's Policy Towards the Socialist Countries, in: International Affairs, Moskau 1971, Nr. 11, S. 17 ff.
  - 42) Usenko, op. cit. (s. Anm. 14), S. 38 ff.
  - 43) XXIV. Parteitag der KPdSU, S. 18.
  - 44) ebda., S. 327.
  - 45) Yurkov, op. cit. (s. Anm. 41), S. 17 ff.; zugleich wird die Sowjetunion als das gesamte sozialistische Staatensystem repräsentierend angesehen, zusammenhängend mit ihrer führenden Rolle innerhalb dieser Staatengemeinschaft, vgl. Ajrapetjan, op. cit. (s. Anm. 26), S. 158.
  - 46) Ribí, op. cit. (s. Anm. 34), S. 67.
  - 47) Borisov, op. cit. (s. Anm. 38), S. 465 ff.; auch der Warenaustausch erreichte im Jahre 1969 seinen niedersten Stand seit Beginn der Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten, ebda.
  - 48) Hacker, op. cit. (s. Anm. 28), S. 27 ff.
  - 49) Vgl. Korovin, op. cit. (s. Anm. 12), S. 53 f.; bereits die Zitierung Mao-Tse-Tungs weist auf die Einbeziehung Chinas in die sozialistische Völkerrechtsgemeinschaft hin, vgl. Anm. 12.
  - 49 a) Zu weit würde es führen, wollte noch untersucht



werden, mit welchen Sanktionen das sozialistische Völkerrecht Verletzungen seiner Normen versieht.

- 50) Ajrapetjan, op. cit. (s. Anm. 26), S. 74.
- 51) vgl. Bobrov, op. cit. (s. Anm. 2), S. 48 f.
- 52) vgl. oben.
- 53) V. K. Sobakin, Die kollektive Sicherheit, Moskau 1962, S. 310.
- 54) Damit ist aber nichts über den Wahrheitsgehalt dieser Ersuchen und ihre Qualifizierung als staatliche Willenserklärung durch den Außenstehenden gesagt.
- 55) Tunkin, op. cit. (s. Anm. 10), S. 20.
- 56) Usenko, op. cit. (s. Anm. 14), S. 41.
- 57) ebda., S. 46.
- 58) Tunkin, op. cit. (s. Anm. 6), S. 15.
- 59) vgl. die Entschließung des XXIV. Parteitags der KPdSU zum Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU, in: XXIV. Parteitag des KPdSU, S. 328.
- 60) Usenko, op. cit. (s. Anm. 14), S. 45 f.

## Dr. Heribert Franz Köck, Wien DAS VERHÄLTNIS CHINAS ZUM HEILIGEN STUHL

Die Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen in der Nacht vom 25. auf den 26. Okt 1971 hat auch die Beziehungen zwischen dem chinesischen Volk und der Kirche in das Zentrum des Interesses nicht nur katholischer Kreise gerückt. Verschiedene Meldungen in der Presse und anderen Massenmedien deuten auf eine verstärkte Aktivität des Vatikan in der China-Frage hin; ja im Zusammenhang mit den Gesprächen des chinesischen Priesters Wei in Rom waren sogar Spekulationen über ein etwaiges „geistliches Ping-Pong“ zwischen Rom und Peking angestellt worden.<sup>1)</sup> Gleichzeitig scheint eine Neubewertung der Haltung im Gange zu sein, die der Hl. Stuhl gegenüber der Volksrepublik China einerseits und der Republik China (Formosa) andererseits gegenüber derzeit einnimmt beziehungsweise bisher angenommen hat. In diesem Zusammenhang mag es von Interesse sein, sich die Beziehungen zu vergegenwärtigen, welche China seit langer Zeit mit dem Hl. Stuhl verbinden, nach dem gegenwärtigen Stand dieser Beziehungen zu fragen und schließlich einen Ausblick auf mögliche zukünftige Entwicklungen zwischen ihnen zu wagen.

### I

Die erste historisch greifbare christliche Mission im heutigen China geschah von Persien aus und fällt in die erste Hälfte des 7. nachchristlichen Jahrhunderts.<sup>2)</sup> Auch nachdem Persien 643 von der islamischen Welle erfaßt worden war, gingen von dort weitere Impulse einer christlichen China-mission aus. Unter dem nestorianischen Katholikos Thimotheos I gelangte das Christentum 780-823 in das chinesische Turkestan, wahrscheinlich nach Tibet und nach Zentralchina.<sup>3)</sup> Unter Kaiser Wutsung begann ab 845 aber eine Christenverfolgung, in deren Folge die Kirche um das Jahr 988 als erloschen zu betrachten war. Durch Mongolenstämme, die in Persien eingefallen und im 13. Jahrhundert dortselbst das Christentum angenommen hatten, gelangte dieses von neuem nach China, wo es eine neue Blüte erlebte und unter anderem durch verschiedene Reiseberichte – so des Marco Polo – und durch archäologische Funde gut bezeugt ist.<sup>4)</sup>

Unmittelbare Beziehungen des Hl. Stuhls zu China wurden allerdings erst durch die mittelalterliche Franziskanermission geschaffen, vor allem



durch die Gesandtschaften Papst Innozenz' IV zum mongolischen Großkhan Kujuk 1246 5) und der gemeinsamen Gesandtschaft desselben Papstes und des Franzosenkönigs Ludwigs IX zum Mongolenfürsten Batu 1253-55. 6) Größeren Aufschwung nahm die katholische Mission in China aber erst unter Johannes von Montecorvino, einem Franziskanerspiritualen, der als Legat Nikolaus' IV für verschiedene orientalische Völker, besonders aber für den Großkhan der Mongolen 1294 nach Peking (damals Khanbaliq genannt) gelangte und daselbst 34 Jahre lang als Missionar wirkte. Es gelang ihm nicht nur, Nestorianer zum römischen Bekenntnis zu bekehren, sondern er konnte auch viele tausende von Heiden der Taufe zuführen und wurde auf Grund seiner Erfolge von Klemens V 1307 zum Erzbischof von Peking und Patriarchen des Orients ernannt und mit mehreren Suffragansitzen ausgestattet. 7) Widrige Umstände, wie schwierige Verkehrswege, Feindschaft der Moslems und dauernde kriegerische Auseinandersetzungen, erschwerten aber die Verbindung mit Rom ungeheuer; und als Montecorvino 1328 starb, mußte er seine ansehnliche Herde wahrscheinlich ohne Hirten zurücklassen: der päpstliche Legat Johannes Marignolli, der 1341-46 China bereiste, fand zwar Gemeinden, aber keine Bischöfe vor.

Die unter der Ming-Dynastie ab 1368 gegen die Mongolen einsetzende nationale Reaktion verhinderte die Einreise von Missionaren überhaupt, so daß die Jesuiten, als sie zu Ende des 16. Jhdts. in China Fuß zu fassen begannen, weder katholische noch nestorianische Gemeinden vorfanden.

Mit der Jesuitenmission in China begann nicht nur ein Zeitalter fruchtbarer Kulturaustausches zwischen den gebildeten Kreisen des Reiches der Mitte und jenen in Europa 8), sondern es eröffnete sich der Kirche auch die Chance, in relativ kurzer Zeit den christlichen Glauben im chinesischen Reich auszubreiten und damit einen entscheidenden Stützpunkt des Katholizismus in Ostasien zu schaffen. Die Jesuitenmissionare in China waren Männer von hoher Bildung und umfassender Gelehrsamkeit. Sie waren nicht nur Theologen, sondern außerdem in Astronomie und Mathematik, überhaupt in allen Naturwissenschaften, in der Kartographie und selbst in Fertigkeiten wie der Geschützgießerei bewandert und stellten auch als Diplomaten ihren Mann, als Kaiser K'anghsi aus der seit 1662 regierenden Mandschu-Dynastie 1689 im Vertrag von Nertschinsk sein Reich gegen Rußland abgrenzen mußte und einen beschränkten Handel russischer Kaufleute in China zuließ. 9) Vor allem aber standen sie der einheimischen Kultur wohlwollend gegenüber, sprachen fließend chinesisch

und waren in Literatur, Geschichte und Philosophie gründlich bewandert. Der jesuitischen Methode des Matteo Ricci von der Anpaßung an die kulturellen Gegebenheiten in den Missionsländern entsprach es, daß sie den überlieferten und durch die konfuzianische Tradition geheiligten Ahnenkult tolerierten, weil sie diese Riten als Zeremonien zur Totenehrung verstanden, die lediglich ethische und philosophische nicht dagegen religiöse Bedeutung besaßen. An dieser Auffassung entzündete sich in der Folge der sogenannte Ritenstreit, weil andere Missionsorden – nämlich spanische, portugiesische und französische Franziskaner und Dominikaner – die Jesuiten in diesem Zusammenhang des religiösen Synkretismus bezichtigten. Es wird sich heute nicht mehr völlig klären lassen, inwieweit ein von dem der Jesuiten verschiedenes Missionsmilieu und der nationale Gegensatz unter den Missionaren zu dem sich länger als ein Jahrhundert hinziehenden Ritenstreit beigetragen haben. Tatsache ist jedoch, daß das von Klemens IX 1704 ausgesprochene Verbot der chinesischen Riten trotz der Zugeständnisse des apostolischen Legaten Mezza-barba (den sogenannten *Permissiones* von 1721) 1724 zum staatlichen Verbot des Christentums führte. Nach weiteren Prüfungen und Verhandlungen in Rom entschied sich Benedikt XIV 1742 in der Bulle *Ex quo singulari* endgültig gegen die Riten: 10) die Chinamissionare mußten sich eidlich verpflichten, dieselben nicht mehr zu dulden. Obwohl das staatliche Verbot nicht in der Lage war, das Christentum in China völlig auszurotten, dürfte die Zahl der Katholiken zwischen 1720 und 1858, wo China im Frieden von Tien-tsin freie Religionsausübung und das Ansiedlungsrecht für Missionare zugestehen mußte, doch von 300 000 auf etwa die Hälfte gesunken sein, ganz zu schweigen von den Aussichten auf weitere erfolgreiche Missionierung, die durch die Entscheidung gegen die Riten vertan wurde. Erst Pius XII, dem die Chinamission besonders am Herzen lag, gestattete die Verwendung der chinesischen Riten infolge der veränderten Lage – *mutatis saeculorum fluxu moribus et animis* – 1939. 11)

## 2

Die moderne Epoche der Beziehungen zwischen dem Hl. Stuhl und China setzt zu Anfang der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit dem schon genannten Frieden von Tien-tsin (1858) und dem Frieden von Peking (1860) ein, wobei letzterer die Religionsfreiheit für ganz China und die Anerkennung des französischen Missionsprotektorates festlegte. Eine gewisse religiöse Erneuerung in



Europa, besonders in Frankreich, wie die Reorganisation der von der spanischen und portugiesischen Staatsmission freigewordenen Sacra Congregatio de Propaganda Fide erschlossenen spirituelle, personelle und sachliche Hilfsquellen für die Chinamission; weniger glücklich war, daß die genannten Verträge von den Chinesen als von außen auferlegt betrachtet wurden, vor allem, weil Frankreich wie die übrigen europäischen Mächte in China ja keineswegs primär die Ausbreitung des christlichen Glaubens, sondern hauptsächlich politische Vorteile und Bereicherung auf wirtschaftlichem Gebiete suchten. Durch die Verquickung von Staatsmacht und Religion haben die Mächte dem Christentum in China aber einen schlechten Dienst erwiesen, denn die unvermeidliche Folge war, daß viele Chinesen das Christentum nicht als eine religiöse Lehre werteten, sondern vielmehr als ein den politischen Interessen der abendländischen Staaten dienendes Werkzeug. 12) Es kam daher seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts häufig auch zu antichristlichen Ausschreitungen, von denen das Blutbad von Tien-tsin im Jahre 1870, das bei Streitigkeiten um ein katholisches Waisenhaus 18 Franzosen, darunter 10 Nonnen und dem französischen Konsul den Tod brachte, und der Boxeraufstand von 1900, in dem sich eine reaktionäre Clique am kaiserlichen Hof einer fanatischen religiösen Sekte im Kampf gegen innere Reformen und die dieselben unterstützenden Fremden, schließlich als deren Gefolgsleute gegen alle Christen, bediente. Die von den europäischen Mächten im Gefolge solcher Unruhen stets neu erpreßten finanziellen und sozialen Vorteile für die Missionare führten der Kirche zwar viele Christen zu – zwischen 1901 und 1912 stieg die Zahl der Katholiken von 720 540 auf 1 431 258, also fast auf das Doppelte – doch befanden sich darunter viele sogenannte Reischristen, d.h. solche, die die Taufe nicht wegen der Anziehungskraft der christlichen Lehre, sondern mehr wegen der materiellen Vorteile, die ihnen eine Verbindung zu den Missionaren verschaffte, suchten. Auch das weithin ausländische Gepräge, mit dem sich die Kirche in China umgab, war nicht dazu angetan, das Christentum in einem solchen Maße, wie es die Kirche selbst wünschte, im Volke verwurzeln zu lassen. Nur einzelne Missionare, so der nach der sogenannten Methode von Tien-tsin arbeitende Vincent Lebbe, versuchten dem Christentum in China eine chinesische Form zu geben und es damit nicht als etwas fremdländisches erscheinen, vielmehr im chinesischen Volk heimisch werden zu lassen. Obwohl diese Methode nach dem ersten Weltkrieg von der Kirche in viel weiterem Maße angewandt wurde, hat das Christentum in China

seinen ausländischen Charakter nie völlig abzustreifen vermocht: „Alle Kirchen, die ich sah“, schrieb vor wenigen Jahren ein Besucher Chinas, „hatten etwas gemeinsam: sie waren im europäischen Stil gebaut ... diese Kirchen zu betreten, bedeutete gleichsam ein Verlassen Chinas.“ 13)

Seit der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts ist auch ein steter Ausbau der kirchlichen Hierarchie festzustellen. Von den beiden Bistümern Peking und Nanking – wo Gregor Lo Wentszo als erster chinesischer Bischof gewirkt hatte – und den von Innozenz II 1696 errichteten weiteren acht Vikariaten bestanden bis zum Ende des 18. Jahrhunderts nur mehr drei. Von diesen und den neugeschaffenen Vikariaten Peking und Nanking aus wurden dann im vorigen Jahrhundert viele weitere neue abgezweigt und von Leo XIII alle einzelnen Missionen Chinas in fünf Regionen zur regelmäßigen Abhaltung von Synoden zusammengefaßt. 14)

Von einschneidender Bedeutung wurde die 1924 abgehaltene erste große chinesische National-synode in Shanghai unter dem Vorsitz des päpstlichen Delegaten Constantini. Von ihr gingen stärkste Impulse in Richtung auf eine völlige Sinisierung der chinesischen Kirche aus. Die Grenzen der kirchlichen Sprengel sollten fortan tunlich den politischen angeglichen werden und vor allem die Leitung der Kirche stufenweise dem einheimischen Klerus übertragen werden. Daher wurde nicht bloß eine vordringliche und wohlfundierte Ausbildung chinesischer Priesterkandidaten gefordert, sondern auch eine weitgehende Anpassung an die chinesischen Verhältnisse unter besonderer Berücksichtigung des chinesischen Geisteslebens und der chinesischen Kultur auf dem Gebiet der Malerei, der Musik und der Architektur. Diesem Ziel diente die 1925 gegründete Fujen-Universität in Peking, wie überhaupt der Ausbau des Schulwesens, welches bereits 1934 drei Universitäten, 99 höhere und 3497 andere Schulen umfaßte. Die ersten chinesischen Bischöfe der Gegenwart, 6 an Zahl, wurden 1926 von Papst Pius XI persönlich konsekriert. Sein Nachfolger Pius XII errichtete 1946 die ordentliche kirchliche Hierarchie mit 20 Metropolitan- und 85 Suffragansitzen. Darüberhinaus nahm er Erzbischof Thomas Tien von Peking in das Kardinalskollegium auf. Obwohl 1950 erst 27 Sprengel – nämlich drei Erz- und 17 Diözesansitze und 7 apostolische Präfekturen – endgültig dem einheimischen Klerus zugeteilt waren, 15) machte die Sinisierung der chinesischen Kirche doch ermutigende Fortschritte, denn es gab neben 3048 ausländischen immerhin schon 2557 chinesische Priester, und auch die katholische



Aktion, das katholische Press- und Schulwesen und die kirchlichen Wohlfahrtsanstalten florierten.

3

Weiter oben ist darauf hingewiesen worden, daß schon im Mittelalter wie auch am Beginn der Neuzeit, in der Epoche der Jesuitenmission päpstliche Vertreter nach China entsandt wurden, denen für die damaligen Umstände durchaus diplomatischer Charakter zuzusprechen ist. Weil sie Legaten waren, stellten sie jedoch lediglich ad hoc Missionen dar. Bemühungen um einen ständigen Vertreter des Hl. Stuhls bei der chinesischen Regierung treten dagegen erst im 19. Jahrhundert auf und gehen interessanterweise nicht primär vom Hl. Stuhl, sondern vielmehr vom kaiserlichen Hof in Peking aus.

Im Jänner 1886 traf ein Engländer namens Dunn mit einem Beglaubigungsschreiben des Tsungli Yamen, des chinesischen Außenministeriums, in geheimer Mission in Rom ein, um dem Papst Namen des chinesischen Reiches einen Austausch diplomatischer Vertreter vorzuschlagen. Dabei sollte der Hl. Stuhl einen Nuntius nach Peking entsenden, während sich China durch einen Gesandten beim Vatikan vertreten lassen wollte. 16) Obwohl Leo XIII an dem Plan Gefallen fand und das Staatssekretariat sogar bereits die Person des zukünftigen Nuntius bestimmt hatte, scheiterte das Unternehmen an der durch den imperialistischen Wettbewerb der europäischen Mächte geschaffenen weltpolitischen Situation.

Das im Pekingener Vertrag von 1860 von Frankreich erlangte Missionsprotektorat war den anderen europäischen Mächten ein Dorn im Auge, weshalb sie danach strebten, am Hofe Pekings die gleiche privilegierte Position zu erlangen, wie sie Frankreich als Protektor der Christen und ihrer Missionare schon erlangt hatte. Da derlei Bestrebungen aber kein Erfolg beschieden war, richtete sich das Interesse der Mächte darauf, die Stellung Frankreichs als Missionsprotektor zu unterminieren. Sie ermunterten daher den chinesischen Hof, mit dem Vatikan in direkte Beziehungen zu treten, um so den Einfluß des französischen Vermittlers auszuschalten. 17)

Die Tatsache, daß ein Engländer mit der geheimen chinesischen Mission betraut war, weist darauf hin, daß die britische Regierung hinter der chinesischen Aktion stand und die Regierung der Kaiserinwitwe zu überzeugen vermocht hatte, daß es für China günstiger wäre, wenn die katholische Kirche anstatt durch einen französischen Diplomaten durch einen kirchlichen Würdenträger vertreten wäre, der sich weder auf eine Armee noch auf eine

Flotte stützen könne: „As the Pope has no troops and no territory, but is merely a kind of Dalai Lama, there is no danger to China from opening direct relations with him. The affairs of the missionaries can then be dealt with in an open and straightforward manner, as no fear of political traps will lurk behind.“ 18)

Die französische Reaktion war, als der chinesisch-vatikanische Plan bekannt wurde, entsprechend scharf. Die Regierung drohte mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Hl. Stuhl, 19) mit der Kündigung des Konkordats und der Austreibung der religiösen Orden und Kongregationen. 20) Nach der Ansicht des französischen Außenministers Freycinet würde ein Austausch diplomatischer Vertreter zwischen dem Hl. Stuhl und China in den Augen der französischen Nation eine Verringerung des Prestiges und in der Folge auch des Einflusses Frankreichs darstellen. Niemand könne dies bezweifeln, wenn man in Betracht ziehe, wer sich von der Entscheidung des Papstes so begeistert gezeigt hätte. Wären dies die Freunde oder die Feinde Frankreichs gewesen? 21)

Der Hl. Stuhl, vor die Wahl gestellt, ob er zugunsten möglicher in China zu erringender Vorteile für die kirchliche Sendung den Verlust bereits errungener Positionen in Frankreich in Kauf nehmen sollte, beugte sich dem Druck der französischen Regierung und gab – unter ausdrücklicher Verwahrung seines Rechtsstandpunktes – den Plan unmittelbarer und ständiger diplomatischer Beziehungen mit China für den Augenblick auf. Erst nach 1922 wurde eine chinesische Delegatur errichtet und diese 1946 in eine echte diplomatische Vertretung im Range einer Internuntiaturs umgewandelt. Die chinesische Regierung ließ sich schon ab 1943 beim Vatikan diplomatisch vertreten.

4

Die weitere Entwicklung kirchlichen Lebens in China wurde durch den chinesischen Bürgerkrieg beeinflusst, dessen bisher letzte Phase 1949 zu Ende ging, daß in Peking die Volksrepublik China ausgerufen wurde, während die nationalchinesische Regierung Tschiang-Kai-Scheks nach Taipeh auf Formosa übersiedelte. Seit jener Zeit hat die katholische Kirche in den beiden, verschiedenen Regierungen unterstehenden, chinesischen Gebieten – Festlandchina einerseits und Formosa andererseits – eine verschiedene Entwicklung genommen; es soll daher in der Folge zuerst kurz auf jene auf Taiwan eingegangen und dann in einem weiteren Abschnitt die Lage auf dem chinesischen



Festland behandelt werden.

Während Formosa 1949 nur wenige tausend Katholiken zählte, stellt die Kirche heute auf dieser Insel eine imponierende Gemeinschaft mit mehr als 300 000 Mitgliedern dar. Bis 1965 hatte die Kirche eine sehr hohe Zahl an Konversionen zu verzeichnen, 22) so daß optimistische Prognosen bei Fortsetzung des Trends Taiwan schon als ein in etwa dreißig Jahren christliches Land sahen. Tatsächlich ist aber in der letzten Zeit die Konversionskurve gefallen, so daß etwa seit 1968 Neubekehrungen nur mehr bei etwa 4500 im Jahre liegen. Die Gründe für diesen Rückgang des Missionserfolges liegen in der besonderen Bevölkerungsstruktur Taiwans und der Tatsache, daß die Mission auf diesen Faktor nicht genügend Rücksicht genommen hat. Taiwan zählt heute mit den beiden vorgelagerten Inseln Quemoy und Matsu fast 15 Millionen Einwohner, welche sich auf drei verschiedene Bevölkerungsgruppen verteilen. Im Gebirge leben die malayischen Ureinwohner, zirka 520 000 an der Zahl, die heute zu schon mehr als 80 Prozent christianisiert sind. Die eigentlichen „Taiwanesen“, Einwanderer aus den chinesischen Südprowinzen, die zuletzt von 1895 bis 1945 von Japan beherrscht worden waren, haben schon auf Grund dieses Umstandes eine schwächere Bindung zum chinesischen Reich und betrachten die 2 Millionen Anhänger Tschiang-Kai-Scheks, die sich mit ihm nach der Machtergreifung der Kommunisten nach Formosa zurückzogen, um von hier aus das Festland zurückzuerobern, als Fremde, die sich in der Folge als Oberschicht etablierten, den Löwenanteil der Stellen der staatlichen Verwaltung behielten und dergestalt nicht in der Lage waren, die Differenzen zwischen den beiden Hauptbevölkerungsgruppen beizulegen und die Animosität der Taiwanesen gegen das chinesische Regime zu beseitigen, welche vor allem auf die beiden Aufstände im Jahr 1947, bei denen mehr als 20 000 Menschen den Tod fanden, zurückgeht.

Die katholischen Missionare wendeten sich nach 1950 nun vor allem an die Festlandchinesen, bei denen die Mission auch gute Erfolge zeitigte, einerseits, weil Missionare und Missionierte dasselbe Schicksal geteilt und als Flüchtlinge vom Festland nach Taiwan gekommen waren, andererseits, weil gerade diese Flüchtlinge die Zerstörung ihrer Tradition erleben mußten und auf der Suche nach Ersatz-Geborgenheit für die zurückgelassene oder umgekommene Familie zur Kirche stießen. 23) Die Taiwanesen dagegen verhielten sich gegenüber den Missionaren wegen deren enger Verbindung zu den Festlandchinesen vorerst abwartend bis ablehnend, so daß erst die Einrichtung

von Schulen und Wohlfahrtsanstalten die Kirche auch für sie attraktiver machte. Die in der Folge auftretenden Massenbekerungen schafften der Kirche den nicht ganz unbegründeten Ruf, sie fördere die Neuaufgabe der sogenannten Reischristen, weil viele der Bekehrten eher eine Befriedigung der leiblichen Bedürfnisse als ein Mittel zur seelischen Wohlfahrt suchten. Heute ist man sich darüber klar, daß die geringe Teilnahme am kirchlichen Leben auf die Massentaufen ohne genügende Unterweisung in eine Zeit zurückzuführen ist wo die Kirche an die Armen Spenden verteilte und allein aus diesem Grunde für viele attraktiv war.

Heute kämpft die katholische Kirche – wie überhaupt die christlichen Religionsgemeinschaften auf Taiwan – mit einer Reihe von Problemen, von denen der Erzbischof von Taipeh, St. Lokuang, in einem Hirtenbrief vom 21. September 1969 mehrere herausgehoben hat: das schnelle wirtschaftliche Wachstum, zunehmender Materialismus, fehlender Kontakt zu den Armen, seit Beendigung der Spenden, zersetzende Berichte in der Presse von Heiraten von Priestern und Nonnen sowie verzerrende Darstellungen über interne kirchliche Auseinandersetzungen außerhalb Taiwans und schließlich die fast zur Alleingültigkeit stilisierte Wissenschaft, die vielen die Religion unnütz erscheinen lasse. 24) Ein weiteres schweres Handicap ist zweifellos die Unsterstützung der Politik Tschiang-Kai-Scheks, die die Kirche derselben ange-deihen läßt. Dabei scheinen es gerade chinesische Geistliche zu sein, die Tschiang-Kai-Scheks militanten Antikommunismus am konsequentesten mitmachen; unter ihnen ragt der ehemalige Erzbischof von Nanking, Kardinal Yü Pin, besonders hervor, der als Mitglied der Nationalversammlung seit langem politisch tätig ist und sich offensichtlich mit dem Tschiang-Kai-Schek-Regime als dem einzigen legitimen Repräsentanten Chinas identifiziert. Wohl aus diesem Grunde widersetzt er sich auch jedem Kontakt zwischen dem Vatikan und Peking. Auch die auf Taiwan seit 1966 als Gegengewicht zur rotchinesischen Kulurrevolution laufende Kampagne der kulturellen Erneuerung Chinas, die eine Rückbesinnung auf überlieferte Werte, insbesondere auf Konfuzius, zum Gegenstand hat, 25) wird von Kardinal Yü Pin, heute Rektor der katholischen Fujen-Universität, durch oft spektakuläre Akte unterstützt. So ehrte er erst kürzlich in einer Feierstunde die Ahnen – und zwar vor einer riesigen Landkarte Gesamtchinas. Dazu wurde in katholischen Kreisen festgestellt, daß es zwar sicherlich zu begrüßen sei, daß die Ahnenfeier von der Kirche gutgeheißen und neuerdings sogar gefördert werde, gleichzeitig wäre aber





10

„die damit verbundene politische Demonstration äußerst fragwürdig“. 26) Auf die Reaktionen kirchlicher Kreise im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten, die der Kirche aus einer zu langen Aufrechterhaltung des Arbeitens für jene Zeit, wo die militärische Rückeroberung des Festlandes durch das Tschiang-Kai-Schek-Regime die Aufnahme der Missionsarbeit in China in vollem Umfang wieder gestatten würde, entstanden sind, wird weiter unten in anderem Zusammenhang nochmals einzugehen sein. Erwähnenswert ist jedoch noch, daß nach der Ausweisung des apostolischen Internuntius vom Festland die Internuntiat in Taipeh weiterbestand und am 24. Dezember 1966 zum Rang einer Nuntiat erhoben wurde.

5

Auf dem Festland blieb die katholische Kirche bis zum Sommer 1950 im großen und ganzen ungeschoren. Mit dem Dekret über die Unterdrückung konterrevolutionärer Tätigkeit vom 23. 7. 1950 begann die Volksregierung jedoch den systematischen Kampf gegen die Missionen, wobei die katholische Kirche wegen ihrer zentralen Leitung in Rom und ihrer Einheit verhältnismäßig am meisten unter den Maßnahmen zu leiden hatte. Die ausländischen Missionare wurden ausgewiesen, die katholische Presse verboten, die katholischen Schulen und Wohlfahrtsanstalten beschlagnahmt und das Kirchengut konfisziert. Zahlreiche Priester und Ordensangehörige wurden wegen Begünstigung des Imperialismus und konterrevolutionärer Tätigkeit vor Gericht gestellt, abgeurteilt und eingekerkert. Pius XII protestierte im apostolischen Schreiben *Cupimus nimis* vom 18. 1. 1952 27) gegen diese Vorgangsweise und den Vorwurf, die Missionare hätten irdischen Nutzen oder irdische Herrschaft angestrebt. Tatsache ist, daß kirchliche Kreise weithin das Tschiang-Kai-Schek-Regime unterstützt hatten, woraus die Abneigung der chinesischen Kommunisten gegen die Kirche zumindestens teilweise verständlich wird. In der Folge wurde dann der katholischen Kirche – wie auch allen anderen christlichen Religionsgemeinschaften – die radikale Sinisierung im Programm der „drei Autonomien“ auferlegt: Selbstunterhaltung, d. h., finanziell auf eigenen Füßen zu stehen und keine ausländische Hilfe anzunehmen; Selbstverwaltung, d. h., die Kirche in China ohne Abhängigkeit von Rom zu regieren; schließlich Selbstverbreitung, d. h., das Evangelium allein durch chinesische und nicht durch ausländische Kräfte verkünden zu lassen. 28) „Ohne Abhängigkeit von Rom“ bedeutete allerdings ursprünglich wohl eher ohne politische Abhängigkeit, weil religiöse Kon-

takte, d. h., Kontakte in Lehrfragen mit dem Hl. Stuhl der chinesischen Kirche auch fernerhin zugestanden wurden und man lediglich für eine stärkere „vaterländische Interessenberücksichtigung“ eintrat. 29)

Heute wird daher auch in katholischen Kreisen die Frage gestellt, ob es nicht besser gewesen wäre, auf die Vorschläge der Volksregierung einzugehen, anstatt sich auf eine intransigente Haltung, wie sie für Pius XII gegenüber dem Kommunismus charakteristisch war, 30) zurückzuziehen, weil möglicherweise viele der späteren kirchenfeindlichen Maßnahmen des kommunistischen Regimes durch die von Rom zu vernehmenden scharfen Äußerungen zu jeder neuen Etappe der Freiheitsbeschränkungen mitbedingt wurden beziehungsweise als Reaktion darauf zu werten sind. Die Drei-Autonomien-Bewegung wurde von Pius XII in der Enzyklika *Ad sinarum gentem* vom 7. 10. 1954 31) verurteilt. Trotzdem bildete sich in der Volksrepublik unter behördlichem Druck eine Reformkirche der sogenannten Patriotischen katholischen chinesischen Vereinigung, die im Juli und August 1956 in Peking ihre erste Generalversammlung abhielt. Daß sich diese „patriotischen Katholiken“ noch durchaus als rom-treu betrachteten, beweist die Tatsache, daß der erste Beschluß der Teilnehmer an der Versammlung, der allerdings nachher rückgängig gemacht werden mußte, die Organisation eines Pilgerzuges nach Rom betraf, um den Hl. Stuhl über die augenblickliche Lage der Kirche in China zu informieren und gegenseitiges Verständnis zu erreichen. 32) Unter diesen Umständen zeigte die römische Kurie wohl mehr Prinzipientreue denn politisches Fingerspitzengefühl, als sie es ablehnte, mit den chinesischen Stellen bei der Besetzung der chinesischen Bischofsstühle, von denen viele auf Grund der Tatsache, daß ihre Inhaber als Ausländer das Land verlassen mußten, vakant geworden waren, entgegenkommend zu kooperieren. Die Bischöfe wurden dann gegen den Willen des Vatikans und sein ausdrückliches Verbot geweiht. Als die ersten neuzubesetzenden Sitze waren von den chinesischen Behörden und den mit ihnen kooperierenden patriotischen Katholiken Hankow und Wuchang vorgesehen worden, wofür dem Hl. Stuhl zwei Bischöfe präsentiert wurden. Allein dieses Faktum beweist zweierlei. Erstens, daß die chinesische Kirche die Verbindung mit dem Hl. Stuhl aufrechtzuhalten bestrebt und nach wie vor der Überzeugung war, daß ihre Bischöfe grundsätzlich der Bestätigung durch den Papst bedurften, und zweitens, daß selbst zu einem so relativ späten Zeitpunkt (1958!) das kommunistische Regime bereit



war, zumindest derartige Kontakte mit dem Vatikan noch zu tolerieren. Die Tatsache, daß Rom dann mit zwei Telegrammen antwortete, deren erstes die Wahl für ungültig erklärte, das zweite aber im Falle der Konsekration den zu Weihenden und den Konsekratoren die Exkommunikation androhte, gab den Kommunisten die Befriedigung, diese Reaktion von Seiten Roms vorausgesagt zu haben, brachte aber jene Bischöfe und Priester, welche für die Präsentation der Gewählten beim Hl. Stuhl gekämpft und sich bemüht hatten, die Verbindung zwischen der chinesischen Kirche und dem Vatikan nicht völlig abreißen zu lassen, in eine schwierige Lage und bedeutete für die katholischen Interessen in China einen schweren Schlag. 33) In der Folge sind dann wahrscheinlich 42 Bischöfe *stricto sensu* unrechtmäßig gewählt und größtenteils auch geweiht worden. 34) Pius XII hatte sich schon am 29. Juni 1958 gegen die ersten von Rom nicht gebilligten Bischofsweihen, gegen die „patriotische Kirche“ und gegen den Kommunismus in China überhaupt gewandt und diese Erscheinungen in seiner Enzyklika *Ad apostolorum principis* scharf verurteilt. Obgleich man in der Folge verschiedentlich von einem chinesischen Schisma sprach, nahm schon Johannes XXIII im Laufe seines Pontifikates vom Gebrauch dieses Wortes Abstand, da es heute nicht möglich ist, nähere Einzelheiten über die Notlage und den subjektiv guten Willen der betroffenen Bischöfe einzuholen. Im übrigen wurde auch die Patriotische Kirche in der Folge in vielen Bereichen eingeschränkt: sie durfte ab September 1961 Taufen erst vom 18. Lebensjahr an spenden, mußte alle Priesterseminare schließen und in den Predigten politische Themen behandeln. 35) Die spätere Unterbindung jeglichen Kontaktes mit Rom führte nicht nur dazu, daß keine Bischöfe von Festlandchina am II. Vatikanischen Konzil teilnehmen konnten, sondern verhinderte bisher auch die Rezeption von Neuerungen auf theologischem und liturgischem Gebiet. 36)

Die patriotische Reformkirche hat allerdings auch bei den chinesischen Katholiken nicht ungeteilte Aufnahme gefunden. Noch 1968 veröffentlichte die Herder-Korrespondenz 37) einen Hinweis auf die Aussage von Flüchtlingen, die sich rühmten nie in eine solche patriotische Kirche gegangen zu sein, da das noch schlimmer sei, als überhaupt nicht in die Kirche zu gehen. Darüberhinaus hatte man versucht, neben der ohne Zustimmung geschaffenen Hierarchie ein System rechtmäßiger priesterlicher Diözesan-Verwaltung zu schaffen, indem nach einer im Juli 1950 vom Hl. Stuhl gegebenen Instruktion von den zuständigen Bischöfen je zwei Priester ernannt wurden, die

gegebenenfalls an ihre Stelle zu treten hätten, und im Falle der eigenen Behinderung wiederum zwei neue Priester zu ernennen hatten. Bis zum Ausbruch der Kulturrevolution dürfte dieses System in vielen Diözesen einigermaßen funktioniert haben. 38) Allerdings bot die katholische Kirche Chinas schon vor dem Ausbruch der Kulturrevolution im Sommer 1966 das Bild einer zwar in gewisser Weise tolerierten, aber doch „leblosen Religion“, die keinerlei Verbindung zu irgendetwas hatte, das von der Mehrheit der Chinesen für wichtig erachtet wurde, 39) wenn sie auch insofern funktionierte, als in jeder großen Stadt wenigstens eine Kirche bestand, in welcher Sonntags die Messe gelesen wurde. Während der Kulturrevolution dagegen konnte man aus allen Teilen Chinas Berichte über die Schließung oder Zerstörung der letzten offenen Kirchen, die Kreuzigung von Priestern und die Drangsalierung von Geistlichen und Laien erhalten. Schließlich wurden auch die letzten ausländischen Schwestern aus China ausgewiesen, die bis dahin als Lehrkräfte für Kinder der ausländischen Diplomaten gearbeitet und auf Bemühung des Botschafters von Pakistan da hatten verweilen dürfen. Ihre Ausweisung, die lebhaftes internationales Echo fand, wurde von den offiziellen Stellen damit begründet, daß sich die Nonnen konterrevolutionäre Machenschaften hatten zuschuldenkommen lassen. 40)

Allerdings hat auch die Kulturrevolution das religiöse Leben in China nicht völlig vernichtet. Was die katholische Kirche betrifft, so ist zu jener Zeit die gottesdienstliche Feier für die Stadt Shang-hai bezeugt, wobei der Priester allerdings vor der Predigt aus der sogenannten Mao-Bibel vorzulesen hatte. 41) Aus jüngster Zeit liegt ein Korrespondentenbericht der italienischen Nachrichtenagentur ANSA vor, 42) nach welcher der Präsident des italienisch-chinesischen Institutes für wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen, der italienische christlich-demokratische Abgeordnete Colombo im Verlaufe seines Besuches in China einer Messe in der katholischen Kathedrale von Peking beigewohnt habe, die vom Generalvikar der Hauptstadt, Pater Wang-Ki-Ting, zelebriert worden sei. Zusammen mit einer Gruppe chinesischer Katholiken habe man dort auch die Kommunion empfangen können. Der Besuch der Kathedrale und das anschließende Gespräch, das Colombo in Begleitung des italienischen Geschäftsträgers Restivo und einer Gruppe italienischer Reisender nach der Messe im Pfarrhaus mit dem Generalvikar, dem Präsidenten der katholischen patriotischen Vereinigung und einem Priester führen konnte, war von den Verantwortlichen der Volksvereinigung für



die Freundschaft mit dem Ausland, als deren Gast Colombo in China weilte, arrangiert worden. Wang-Ki-Ting hatte übrigens wie der andere Geistliche, ein Mann unter vierzig, die klassische Mao-Jacke mit Priesterkragen getragen. Er betonte, daß die katholische Gemeinschaft Chinas sich „der Vorherrschaft des Vatikan“ entzogen habe und ihre religiösen Angelegenheiten in autonomer Weise führe. Auf die Vorhaltungen Colombos, man könne nicht verstehen, wie die Einheit der katholischen Kirche ohne Einheit mit dem Hl. Stuhl, – „nicht mit dem Vatikan, sondern mit dem Papst“ – konzipiert werden könne, replizierte Wang, die Kirche Chinas entwickle ihre religiöse Aktivität „gemäß dem Geiste des Evangeliums“.

## 6

Die negativen Reaktionen, die man in Rom auf die unter Pius XII ergangenen mehrfachen Verurteilungen des chinesischen katholischen Weges erfahren mußte, noch mehr aber wohl das von Johannes XXIII eingeleitete Aggiornamento in der Kirche und eine Neuorientierung der kirchlichen und damit auch der Missionsarbeit überhaupt durch das II. Vatikanische Konzil haben allmählich auch zu einem Umdenken in der Frage der Beziehungen des Hl. Stuhls zur Volksrepublik China geführt. Vor allem Paul VI hat das Verhältnis zu Peking in zweifacher Weise zu verbessern gesucht: in direktem Verhältnis durch Appelle und Botschaften an die Adresse der Führer der chinesischen Volksrepublik einerseits und andererseits auf diplomatischer Ebene durch eine mehr oder weniger offene Förderung der Bestrebungen der Volksrepublik, ihr den chinesischen Sitz bei den Vereinten Nationen und ihren Spezialorganisationen einzuräumen.

Schon bald nach seiner Wahl hatte Papst Paul VI den Missionssonntag 1963 (20. Oktober) zum Anlaß genommen um, in einer Ansprache an die Vorstände und Seminaristen des Propagandakollegs, das er am Nachmittag zum Zeichen seiner persönlichen Sorge um die Missionen besuchte, die Lage der Kirche in China zu berühren. Nachdem er bedauert hatte, daß sich unter den am Vormittag geweihten Bischöfen keine Angehörigen „des großen chinesischen Volkes befunden hatten, das uns immer gegenwärtig ist und das wir sehr schätzen mit seiner großartigen kulturellen Überlieferung und wegen seines großen Arbeitseifers und wegen seines tapferen Glaubenszeugnisses, das durch die Jahrhunderte so viele seiner Kinder mit beispielhafter Ausdauer abgelegt haben“, 43) erinnerte er an die von Pius XI 1926 vorgenommene

Weihe von sechs chinesischen Bischöfen und richtete dann an die Regierenden der Volksrepublik den beschwörenden Aufruf, „sie möchten doch mit dem Auge der Gerechtigkeit die Lage jener unserer Söhne betrachten, die als Katholiken ihr Vaterland nicht weniger lieben, weil, wie wir gesagt haben, die Zugehörigkeit zur Kirche, anstatt die Beziehungen der Bürger zu ihrem Land zu schwächen, sie stärkt und festigt und sie zu Garanten und Teilnehmern seiner Sicherheit, seines Friedens und seines wahren Fortschritts macht.“ Einen ähnlichen Appell richtete Paul VI am 6. Jänner 1967 aus Anlaß der vierzigjährigen Wiederkehr der Ernennung des ersten einheimischen Bischofs und der zwanzigjährigen Wiederkehr der Errichtung der Hierarchie in China an das chinesische Volk, der katholischen Kirche, die immer mit größter Sympathie auf China gesehen habe, nicht mit Mißtrauen zu begegnen. „Eine lange und erregende Geschichte ihrer Beziehungen mit dem chinesischen Volk zeigt, mit welcher Achtung und Hingabe sie gewünscht hat, es kennenzulernen, ohne jedes eigentliche weltliche Interesse. Sie wollte ihm dienen, indem sie versuchte zu helfen, seine inneren moralischen Reichtümer zu entfalten, und indem sie das Beste, das sie besitzt, anbot, um zur Unterrichtung, zur Unterstützung und zum Prestige des Volkes selbst beizutragen. Es ist bekannt, wie das katholische Leben in diesem aufstrebenden Lande ... völlig darauf verzichtet hat, ein parakoloniales Phänomen zu sein oder als solches zu erscheinen; und wie es auch authentischer Ausdruck der chinesischen Seele ist und sein will, die im christlichen Glauben die Achtung ihrer noblen Tradition und die Fülle ihrer tiefen geistigen Aspirationen finden kann.“ Die Kirche wollte, so führte der Papst weiter aus, die Kontakte wieder aufnehmen, „wie wir sie mit jenem Teil des chinesischen Volkes haben, mit dem wir freundschaftliche Beziehungen unterhalten.“ Diese Kontakte sollten dazu führen, den chinesischen Katholiken, die der Kirche treu geblieben seien, zu zeigen, daß man sie nicht vergessen habe, jedoch auch dazu dienen, „mit jenen, die dem heutigen chinesischen Leben auf dem Festland vorstehen, über den Frieden zu reden, wissend wie dieses höchste menschliche und bürgerliche Ideal dem Geiste des chinesischen Volkes zu innerst kongenial ist.“ Die Katholische Kirche und im besonderen der Hl. Stuhl seien nie Feinde, sondern stets Freunde Chinas gewesen. Die Kirche habe China wegen seiner bürgerlichen und kulturellen Traditionen, wegen seiner natürlichen Vorzüge und Entwicklungsfähigkeit, immer bewundert und geliebt, und sei auch heute noch in der Lage – wie der Papst unter Anspielung auf die Vorgänge der Kulturrevolution hinwies – , den



Umbruch der gegenwärtigen geschichtlichen Phase seiner Entwicklung von den alten statischen traditionellen Formen seiner Kultur zu den unausweichlichen neuen, die aus der industriellen und sozialen Struktur des modernen Lebens hervorgehen, in ihren rechten Erscheinungsformen zu verstehen und zu fördern. 44) Der bemerkenswerteste Schritt Pauls VI auf bilateraler Ebene war aber sein Telegramm vom Silvestertag 1965 „an den Präsidenten der Volksrepublik China, Mao-Tse-Tung“, in welchem er diesen bat, bei einer gerechten Lösung des Vietnam-Konfliktes mitzuhelfen. „Das Prestige, das China heute genießt, zieht“, so heißt es darin, „zu Recht die Aufmerksamkeit der Welt auf sich. Eine Intervention ihrerseits würde sie in den Augen der Menschheit ehren . . . und so bitten wir Sie, diesen Aufruf zusammen mit unseren besten Wünschen anzunehmen, die wir vor Gott an der Schwelle des Neuen Jahres an das chinesische Volk aussprechen.“ 45)

Dieser Vorstoß des Papstes ist allerdings genauso wie die anderen Appelle bis jetzt unbeantwortet geblieben. Dabei hatte der Papst gerade mit seiner Vientnam-Botschaft ein Zeichen seines guten Willens setzen wollen, indem er die Isolierung und Nichtbeachtung Chinas in diesem Konflikt, die ja doch nur eine internationale Fiktion darstellt, durchbrach. Darum ist es um so bedauerlicher, daß die Verantwortlichen in der Volksrepublik gerade jetzt, wo der Vatikan mit Klage, Kritik und Verurteilung zurückhaltend agiert und sich um Kontakt und umfassende Information bemüht, nicht reagieren beziehungsweise nur mit Absagen und Anklagen antworten. 46) Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die letzten scharfen Angriffe gegen den Papst 1967, also zu einer Zeit, die noch von der Kulturrevolution geprägt war, veröffentlicht wurden. 47) Ob das Ausbleiben scharfer Angriffe allerdings die Zuversicht rechtfertigt, es könnte in naher Zukunft zu einem modus vivendi zwischen Peking und dem Hl. Stuhl kommen, wofür der chinesische Priester Wei Ting-Sing in seinem Bericht an den Papst zu Ende 1966 noch eine „verzweifelte Hoffnung“ bestehen sah, 48) kann hier nicht entschieden werden. Jedoch zeigt die oben geschilderte Begegnung, die Colombo mit offiziellen kirchlichen Stellen in China vor kurzem hatte, wenn schon keine Sinnesänderung, so doch eine weitgehende Moderierung in der Haltung der zuständigen chinesisch-staatlichen Stellen. War doch noch zu Beginn des Jahres 1968 eine Gruppe italienischer Besucher – offizielle Vertreter der Mailänder Messe, Journalisten, usw. –, die sich auf einer good will-tour durch China befanden, um den

Kontakt zwischen der Mailänder Messe und der Kantoner Messe zu festigen, des Landes verwiesen worden, weil man sie, wohl auf Grund eines Besuches bei Kardinalstaatssekretär Cicognani zu Ende 1967 und der dabei ausgesprochenen Segenswünsche des Papstes für die von der Gruppe beabsichtigte Friedensarbeit, beschuldigte, im Auftrag und mit einer Botschaft des Papstes, „eines Verbrechers im Dienste westlicher imperialistischer Mächte“, gekommen zu sein. 49)

## 7

Was die Unterstützung des Hl. Stuhles für die Zulassung der chinesischen Volksrepublik auf dem Platz Chinas im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen anlangt, so hatte der Papst in seinem Friedensappell vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 4. Oktober 1965 die Initiative ergriffen, als er damals eine Neubestimmung und Neubestimmung der Weltorganisation forderte. „Ihre Berufung ist es“, hatte Paul VI damals gesagt, „nicht nur einige, sondern alle Völker zu verbrüdern. Ein schwieriges Unterfangen? Ganz sicher, das aber ist ihr Unterfangen, ihr edles Unterfangen . . . Überlegt, wie jene die ihm noch nicht angehören, in Ehre und mit Loyalität zu eurem Pakt der Bürgerlichkeit gerufen werden können. Macht, daß die Außenstehenden das gemeinsame Vertrauen wünschen und verdienen und seid edelmütig, es ihnen zu gewähren.“ 50)

Daß dieser Aufruf auch auf eine zukünftige Mitgliedschaft der Volksrepublik China gezielt gewesen und als solche verstanden worden war, zeigt etwa die Reaktion des amerikanischen Senators Fullbright, der die Hoffnung zum Ausdruck brachte, „daß Amerika China gegenüber jene Großmut an den Tag legen wird, die einer großen Nation gut zu Gesicht stehe, und daß die Vereinigten Staaten den Rat Papst Pauls VI befolgen werden.“ 51) In der Weihnachtsansprache desselben Jahres (1965) sprach dann Paul VI mit Blickrichtung China davon, daß man vergeben können müsse, „und eine neue Geschichte anfangen, in der die Beziehungen unter den Menschen nicht beherrscht werden von Macht und Gewalt und nicht vom wirtschaftlichen Vorteil oder vom Stand der Entwicklung, sondern von einem höheren Begriff der Gleichheit und Solidarität.“ 52)

Wenn daher der Dritte Weltkongreß über das Laienapostolat im Oktober 1967 die Anerkennung der Volksrepublik China und deren Aufnahme in die Vereinten Nationen forderte, 53) so konnte er sich nicht bloß auf die Initiative des Papstes



berufen, sondern fand sich in diesem Beschluß auch auf ökumenischem Gebiet in guter Gesellschaft, weil sich die unter der Patronanz des ökumenischen Rates der Kirchen tagende Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft im Juli 1966 ebenfalls für eine Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen ausgesprochen hatte. 54)

Dieser grundsätzlichen Haltung entspricht es, wenn ein offizielles Blatt des Vatikans, der Osservatore Romano, am Tage nach der Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen meldete, daß in Kurienkreisen diesselbe in der Hoffnung zur Kenntnis genommen worden sei, daß eine vollständigere Universalität der Vereinten Nationen der Sache des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt günstiger sein würde, wie dies auch Paul VI in seiner Ansprache vor den Vereinten Nationen zum Ausdruck gebracht habe. 55) Dabei ist man sich beim Hl. Stuhl klar darüber, daß die neueste Entwicklung bei den Vereinten Nationen Nationalchina in eine schwierige Lage gebracht hat. 56) Es ist darum auch nicht weiter verwunderlich, daß nationalchinesische Kreise auch aus dem kirchlichen Bereich gegen den Einzug der Volksrepublik in das Forum der Weltorganisation bis zuletzt ebenso agiert haben, wie sie gegen die bezüglichen Schritte des Papstes protestierten und sich überhaupt jedem Kontakt zwischen Vatikan und Peking widersetzen. In diesem Zusammenhang ist der „offene Brief an das amerikanische Volk“ vom 15. Mai 1966 bedeutsam, der von mehr als 1600 Professoren, darunter von ausländischen Fakultätsmitgliedern, der katholischen Fujen-Universität, auch von deren Präsidenten, Erzbischof Yü-Pin, unterzeichnet wurde. 57) In diesem offenen Brief wird auf den Vorschlag amerikanischer Professoren eingegangen, eine Eindämmung der chinesischen Gefahr ohne Isolierung der Volksrepublik zu versuchen, und derselbe ein Widerspruch in sich selbst genannt. Das Pekinger Regime, heißt es in dem Brief, hasse das chinesische Volk, weshalb es wirkungsvoll isoliert werden müsse; nicht einmal das Handelsembargo dürfe aufgehoben werden, denn dies käme einer Auffüllung der Nahrungsmittelvorräte des Feindes gleich. Zwar betonten die Unterzeichner, daß sie einen Krieg der USA gegen das kommunistische China ablehnten, distanzierten sich aber nicht in gleicher Weise vom erklärten Ziel Formosas, einem Angriff zur Zureroberung des Festlandes, dem „einzigen Weg, um den Ursprung der Geisel zu beseitigen.“ Gleichzeitig warf der Erzbischof Yü-Pin dem Vatikan in einem Interview vor, das Rad der Geschichte zurückdrehen zu wollen, wenn er versuche, sich

machtpolitisch vor den Chinesen zu schützen – was wohl auf die diplomatischen Aktionen des Papstes abzielte –, während es die Mission der Kirche sei, die Ansatzpunkte Chinas für das Christentum genau zu studieren um mit Kühnheit ihre Entwicklung auch auf neuem Wege zu versuchen. 58) In entsprechender Weise hat Kardinal Yü-Pin es auch verstanden, auf der ersten panasiatischen Bischofskonferenz, die in Manila vom 23. bis zum 29. November 1970 abgehalten wurde, in die Schlußresolution unter Punkt 7, dessen Entwurf die „inneren Aggressoren und den Imperialismus jeglicher Art“ verurteilt hatte, einen Passus aufnehmen zu lassen, in welchem der Kampf gegen den „atheistischen Kommunismus“ ausdrücklich unterstützt wird. 59) Übereinstimmenden Presseberichten zur Folge habe der Kardinal – in Abwesenheit des Papstes – eingegriffen und „mit bebender Stimme“ 60) bei der Abstimmung über diese Resolution ausgerufen, es gäbe kein einziges Anzeichen, wie die Kirche in Asien mit ihren größten Problemen fertig werden werde. Der ganze Entwurf enthalte keine einzige Erwähnung der Brüder in den verstummten Kirchen auf dem Festland, in Nordkorea, in Nordvietnam, die ihre religiöse Freiheit verloren haben. „Ich kann es nicht verstehen und noch weniger der vollen Mißachtung zustimmen, die dieser Beschlußentwurf unseren Brüdern der verstummten Kirche entgegen bringt. Und welche Hirten sind wir, wenn wir die Wölfe kommen sehen und unserer Herde keine Warnung geben? 61) Die panasiatische Bischofskonferenz entschloß sich dann mit 108 von 148 Stimmen zur Annahme des Vorschlages Yü-Pins.

Derartige Bemühungen der kirchlichen Kreise auf Formosa dürften von zwei verschiedenen Beweggründen inspiriert sein. Zum ersten ist es die Angst, die in den letzten 20 Jahren auf Taiwan geleistete wertvolle Arbeit für die Zukunft der Kirche in China und ein in der chinesischen Kultur verankertes Christentum könne bei einem Ende der Isolierung Pekings und einer damit in Zusammenhang stehenden möglichen Aufgabe Formosas durch die Amerikaner, ja bei einer Anerkennung der politischen Konstellation in Taipeh selbst, wieder umsonst gewesen sein. Darüberhinaus hält man gerade unter dem Druck der jüngsten Ereignisse ein Arrangement hinter den Fronten zwischen Nationalchina und der Volksrepublik unter Ein-schluß einer Übergangsregelung durchaus nicht für ausgeschlossen. 62) Ein anderer Beweggrund für das „feste“ Eintreten verschiedener Persönlichkeiten des katholischen Lebens auf Taiwan für das Regime ist allerdings reiner Selbsterhaltungstrieb. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewie-



sen, daß die von der Regierung zugebilligte Religionsfreiheit wohl nur solange gelten werde, als sich die Kirchen bereit erklärten, die Politik des Landes zu unterstützen. Als Exempel wird hiezu die kürzliche Ausweisung protestantischer Missionare angeführt. 63) Dies sei der Grund dafür, daß kirchliche Delegationen Taiwans stets bemüht seien, vor internationalen Foren ihre Loyalität gegenüber dem Tschiang-Kai-Schek-Regime mit Hilfe von klaren Distanzierungen von eventuell dasebst gemachten positiven Äußerungen gegenüber der Volksrepublik China zu demonstrieren.

8

Welche Schlüsse lassen sich nun aus der bisherigen Darstellung für die zukünftige Gestaltung der Beziehungen zwischen dem Hl. Stuhl und der Volksrepublik China ziehen? In diesem Zusammenhang ist der eingangs des Artikels zitierte Beitrag des vatikanischen Pressesprechers Professor Alessandrini im *Osservatore della Domenica* vom 19. Dezember 1971 interessant, der von der Kathpress übernommen wurde. 64) Die katholische Kirche und der Hl. Stuhl seien, so heißt es dort, „ständig zu einer Begegnung und zu einem Dialog mit dem kommunistischen China bereit.“ Es gäbe jedoch keinen Anlaß, zu der Vermutung, daß das Gesprächsanbot, das Papst Paul VI vor fünf Jahren an China gerichtet habe, „von einem auf den anderen Tag“ angenommen würde. Natürlich müsse man fragen, „ob die Aussichten heute anders seien“, meinte Professor Alessandrini. Die Peking-Regierung verhandle mit Washington und verschiedenen anderen Ländern, sei in die Vereinten Nationen eingezogen und bereite sich auf den Besuch Nixons vor. Er persönlich sei der Auffassung, daß „sich in der Haltung der chinesischen Führer gegenüber der Religion im allgemeinen und der katholischen Kirche im besonderen nichts geändert habe.“

Die Haltung der chinesischen Führung zur katholischen Kirche ist im Vorstehenden schon hinreichend besprochen worden; es bleibt aber noch, den Standpunkt gegenüber der Religion im allgemeinen näher zu bestimmen. Nach Mao gehört die Religion zum Überbau der feudal-patriarchalischen Struktur und ist ein Teil jener Ideologie, mit der das chinesische Volk, insbesondere die Bauernschaft, gefesselt war. 65) Dem entspricht, daß Mao schon 1916 in einer Notiz am Rande eines Buches geschrieben hat; „Darum müssen die drei Bindungen (an den Fürsten, an den Vater und der Frau an den Ehemann) verschwinden, die zusammen mit der Religion, den Kapitalisten und der Autokratie

die vier Bösen Geister im Reiche bilden. Dies bedeutet aber nicht, daß Mao und damit die derzeitige chinesische Führung grundsätzlich für eine gewaltsame Unterdrückung der Religion oder ihrer Bekenner eintritt. Vielmehr läßt eine erneute Verbreitung der Rede Maos über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk vom 27. Feber 1957, zehn Monate nach dem Ansturm auf Moscheen, Tempel und Kirchen, im Jahre 1967 66) darauf schließen, daß der Vorsitzende und die chinesische Führung das Vorgehen revolutionärer Jugendlicher während der Kulturrevolution jedenfalls auf diesem Gebiet nicht völlig gebilligt haben. In dieser Rede heißt es u. a.: „Unsere Verfassung legt fest, daß die Bürger der Volksrepublik China Rede- und Pressefreiheit, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, die Freiheit, Straßenumzüge und Kundgebungen durchzuführen, Glaubens- und andere Freiheiten genießen . . . Versuche, ideologische Probleme oder Fragen des Richtigen oder Falschen mit administrativen Methoden oder Zwangsmaßnahmen zu lösen, sind nicht nur wirkungslos, sondern sogar schädlich. Wir können die Religion nicht durch administrative Weisungen abschaffen, noch können wir die Menschen zwingen, nicht gläubig zu sein . . . ideologische Probleme oder Streitfragen im Volk können nur mit demokratischen Methoden, durch Diskussion, Kritik, Überzeugung und Erziehung, nicht aber durch Zwang und Unterdrückungsmaßnahmen gelöst werden.“

Es ist durchaus vorstellbar, daß sich auf der Grundlage einer derartigen staatlichen Ideologie und im Rahmen der auch von der chinesischen Verfassung zugestandenen Religionsfreiheit ein *modus vivendi* zwischen dem Hl. Stuhl und der Volksrepublik finden lassen müßte. Immerhin gibt es verschiedene Gesichtspunkte, die eine Kooperation zwischen der katholischen Kirche und der Volksrepublik China wünschenswert erscheinen lassen. Zum ersten ist es eine historische Tatsache, daß eine zumindest teilweise Verständigung zwischen dem Vatikan und kommunistischen Staaten schon bisher möglich gewesen ist, wenngleich die Tatsache, daß die Katholiken in den in Betracht kommenden Ländern einen beträchtlichen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung ausmachen, ein stärkeres Bedürfnis jener Staaten zu einem derartigen Schritt geweckt haben mag. Zweitens ist es unbestritten, daß der Hl. Stuhl auf der internationalen Ebene stets ein bedeutender Faktor im Kampf um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit war und ist, und schon unter diesem Gesichtspunkt die Aufmerksamkeit jedes friedliebenden Staates, welche soziale Struktur und welche staatliche



Ideologie auch immer er haben mag, verdient. Und drittens hat sich die katholische Kirche gerade in der Dritten Welt, als deren Führungsmacht sich die Volksrepublik China in den letzten Jahren so gerne betrachtet hat und heute mehr denn je betrachtet, durch ihre Soziallehre, vielleicht aber noch mehr durch das soziale Engagement vieler Priester und Laien, beträchtliches Ansehen erworben, was erst jüngst beim Staatsbesuch des kubanischen Revolutionsführers Fidel Castro in Chile, wo er auch dem Erzbischof von Santiago einen Besuch abgestattet und vor Priestern und Laien gesprochen hat, zum Ausdruck gekommen ist. Gerade in lateinamerikanischen Ländern wird die katholische Kirche immer mehr zu einem Faktor des sozialen Fortschritts, was eine Zusammenarbeit mit ihr vom marxistischen Standpunkt nicht bloß wünschenswert, sondern geradezu geboten erscheinen läßt.

Daß die Kirche nicht nur bereit ist, diesen allgemeinen Friedens- und Sozialdienst an der Welt zu leisten, sondern darüberhinaus auch willens, ihre Botschaft und ihren Dienst auch speziell China immer wieder von Neuem anzubieten, zeigt ein vom Fides-Dienst, dem Pressedienst der römischen Missionskongregation, herausgegebener Bericht, der von der Kathpress am 15. Dezember 1971 übernommen wurde. 67) Darin wird die Gründung einer Arbeitsgruppe für ein christliches China bekannt gegeben, die sich zum Ziel gesetzt hat, die zukünftige Evangelisierung Chinas mit Wegen und Methoden vorzubereiten, die für die chinesische Kultur unter sich andauernd ändernden Bedingungen geeignet wäre. In diesem Zusammenhang darf nochmals ein katholischer Kommentar zum Verhältnis China Hl. Stuhl zitiert werden: 68) „Pekings Kampf gegen den Egoismus und die christliche Nächstenliebe sind für manche Verfechter einer Annäherung nicht weit voneinander entfernt. Allerdings erscheint es zunächst vordringlich, die Chinesen davon zu überzeugen, daß ihr Bild von der Kirche veraltet ist . . . man wird in Zukunft den Chinesen noch mehr das Gefühl geben müssen, das ist unsere Kirche und nichts Fremdes. In vielen Punkten könnten Matteo Ricci und Vincent Lebbe Vorbilder für die künftige Arbeit sein.“

Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß sich derzeit noch keine sicheren Prognosen über die Entwicklung der zukünftigen Beziehungen zwischen dem Hl. Stuhl und China stellen lassen. Gleichzeitig kann man aber auch die Bereitschaft der katholischen Kirche anmerken, im Verhältnis zur Volksrepublik China einen neuen Anfang zu setzen und ihren Dienst dem chinesischen Volk uneigennützig anzubieten. Und das ist nach den

langen Jahren des Konfliktes, gegenseitiger Mißverständnisse und Verurteilungen immerhin ein Zeichen der Hoffnung.

- 1 Vgl. den Bezug hierauf in einem von Pressesprecher des Vatikan Professor Alessandrini, geschriebenen Beitrag im *Osservatore della Domenica* vom 19. Dezember 1971.
- 2 Die ostsyrische Kirche in Persien hatte im Jahre 486 auf der Synode von Seleukeia offiziell den Nestorianismus angenommen und stand so in einem formellen Gegensatz zum Bekenntnis der Kirche im römischen Reich, was ihr die Duldung von Seiten der Sassaniden einbrachte und nicht bloß ein blühendes kirchliches Leben, gemäß der Inschrift von Si-ngan-fu, sondern auch eine umfangreiche Ausbreitung nach Turkistan, Indien und China ermöglichte. Der erste bekannte christliche Missionar in China war 635 der syrische Mönch Alopen, der unter der Tang-Dynastie dorthin kam; die von ihm mitgebrachte Bibel wurde übersetzt und verbreitet. Vgl. LATOURETTE, *A History of Christian Missions in China*, New York, 1929, S.51-54, der dort eine ausführliche Literatur zum genannten Nestorianerdenkmal gibt.
- 3 Vgl. LEYS, „Nestorianismus — II. Nestorianische Kirche, Nestorianer,“ 7 *Lexikon für Theologie und Kirche* (LTK), 2. Aufl., Sp. 887.
- 4 Vgl. WILLEKE „China — III. Missionsgeschichte“, 2 *LTK*, 2. Aufl., Sp. 1065.
- 5 Der mit dieser Mission betraute Franziskaner Johannes del Piano Carpine, später Erzbischof von Antivari, schrieb darüber einen berühmten Reisebericht, der oft herausgegeben und übersetzt wurde. Eine deutsche Übersetzung von RISCH aus dem Jahre 1930 liegt vor. Vgl. SORRANZO, *Il papato, l'Europa cristiana e i Tartari*, Mailand 1930.
- 6 Der Leiter dieser Gesandtschaft war der Flame Wilhelm von Rubruck, ebenfalls ein Franziskaner, der vom Batu beauftragt wurde, den Mongolenfürsten Mangu im Karakorumgebiet für das Christentum zu gewinnen. Später Professor der Hl. Schrift zu Akko, verfaßte er für Ludwig IX ein Itinerarium, das heute noch für die Forschung über das mittelalterliche Zentralasien auf natur- u. völkerkundl. Gebiet bedeutsam ist. 1925 wurde es deutsch von HERBST als „Bericht des Franziskaners W. von Rubruck“ herausgegeben, desgleichen 1934 von RICH als „Wilhelm von Rubrucks Reisen zu den Mongolen“. Über Beziehungen des päpstlichen Hofes zum Großkhanat berichtet auch HEISSIG, „Mongolenreiche — die mongolische Herrschaft in China“, 6 *Propyläen Weltgeschichte* (1964), S. 362 ff., eine von ihm genannte weitere Mission Johannes del Piano di Carpine und seines Ordensbruders Benedikt von Polen an den Großkhan Güyük aus dem Jahre 1246 wird aber dort irrtümlicherweise Innozenz V als Urheber zugeschrieben, der ja erst 1276 (und da nur für einige Monate) regierte; richtig muß es Innozenz IV heißen.



- 7 Drei Suffraganbischöfe trafen um 1308, ein weiterer 1312 in China ein. Als wichtigster dieser Suffragansitze ist Zaitum, das heutige Chüanchow, erwähnenswert. Vgl. WILLEKE, Johannes Pico von Montecorvino, 5 LTK, 2. Aufl., Sp. 1062.
- 8 Die Jesuiten gaben „Europa umfangreiche Schilderungen der chinesischen Geschichte und Kultur, die im ganzen wegen ihrer Gründlichkeit, ihrer Breite und ihres wohlwollenden Geistes bemerkenswert waren. Diese Berichte unterrichteten Europa, beeinflussten die Politik der Staaten, hatten wesentlichen Anteil an der Bildung von Geschmack, Sitte und bildender Kunst, regten politische Denker wie Voltaire und die Physiokraten an und mögen sogar gewichtigen Einfluß auf die Leibniz'sche Philosophie gehabt haben. So wurden sie zu einem wesentlichen Element der europäischen Geistesgeschichte.“ Vgl. MOTE, „China von der Sung-Dynastie bis zur Ching-Dynastie“, 6 Propyläen Weltgeschichte, (1964), S. 331.
- 9 Vgl. VEROSTA, „Die Geschichte des Völkerrechts – Ostasien, VERDROSS-VEROSTA-ZEMANEK, Völkerrecht, 5. Aufl., S. 81.
- 10 Vgl. BECKMANN, „Ritenstreit“, 8 LTK, 2. Aufl. Sp. 1322-24.
- 11 32 AAS (1940), S. 24 ff.
- 12 Vgl. FRANKE, „Chinesische Revolution“, Propyläen Weltgeschichte Bd. 10, S. 49.
- 13 So P. C. MACKERRAS, der von 1964 bis 1966 in Peking unterrichtete und über seine Beobachtungen im Logos, a Journal of Christian Thinking, Colombo, Nr. 3 und 4, 1967, S. 14 schrieb.
- 14 Vgl. WILLEKE, „China – Missionsgeschichte“, 2 LTK, Sp. 1066/67.
- 15 Vgl. WILLEKE, „China – Kirchliche Geographie und Statistik“, op. cit. Sp. 1068.
- 16 Vgl. Graham, Vatican Diplomacy, Princeton, New Jersey, 1959, S. 87.
- 17 Ähnliche Bestrebungen gab es auch bei der Hohen Pforte in Konstantinopel. Frankreich übte dort selbst seit der Zeit Franz I. – französisch-türkische Kapitulation von 1535 – ein Protektorat über die katholischen Christen in der Türkei aus, was zur Folge hatte, daß bis zum 1. Weltkrieg der päpstliche Delegat in Konstantinopel nicht direkt mit der ottomanischen Regierung verkehren konnte, sondern sich zu diesem Zweck der französischen Vermittlung bedienen mußte. Dementsprechend wurde ein im Jahr 1898 erhobener später wieder fallen gelassener Plan, zwischen dem Hl. Stuhl und der Hohen Pforte unmittelbare diplomatische Beziehungen auszunehmen, von den Gegnern der französischen Politik begrüßt, von Frankreich aber scharf bekämpft. Vgl. GRAHAM op. cit. S. 91-94; für die rechtliche Seite des Problems in weiterem Rahmen, SASSE, „Konsulargerichtsbarkeit“, 2 Wörterbuch des Völkerrechts, 2. Aufl. S. 278-81.
- 18 Vgl. MICHIE, The Englishman and China during the Victorian Era, London 1900, Bd. 1, S. 350.
- 19 Schreiben des französischen Außenministers Freycinet an den französischen Botschafter beim Hl. Stuhl de Behaine vom 12. August 1886, in welchem dieser angewiesen wurde, ruchbar zu machen, daß er sofort nach Ankunft des diplomatischen Vertreters aus Peking unbefristeten Urlaub antreten würde; Vgl. Paris, Affaires etrangeres, Correspondance Politique, Rome 1871, mai-juin, T. 1051, Folio S. 25.
- 20 Paris, Ministere des affaires etrangeres, Documents Diplomatiques francais, 1ere serie, VI, S. 287.
- 21 Vgl. ibid.
- 22 1956 25 000, bis 1964 durchschnittlich 17 000 und 1965 immer noch 9300 im Jahr. Vgl. MC CRATH, Sunday Examiner (Hongkong), vom 13. 3. 1970.
- 23 Vgl. „Taiwan zwischen Selbstbehauptung und Isolation“, Herder-Korrespondenz, Monatsheft für Gesellschaft und Religion, Heft 12, Jahrgang 25, Dezember 1971, S 578 ff. auf S. 582.
- 24 Vgl. ibid S. 582-83.
- 25 Vgl. TOZER, „Taiwans Cultural Renaissance: a Preliminary View“, 43 China Quarterly, July-September, S. 70.
- 26 So der Kommentar in der Herder-Korrespondenz, loc. cit. S. 583.
- 27 44 AAS (1952) S. 153-58.
- 28 Vgl. HANG, die katholische Kirche im chinesischen Raum, München, 1963, S. 119.
- 29 „Problemeberichte zum Zeitgeschehen. Die Religionsgemeinschaften in der Volksrepublik China“, 8 Herder-Korrespondenz, 22. Jg., August 1968, S. 370-77, auf S. 376.
- 30 Auf Grund des Dekrets des Hl. Offiziums vom 1. 7. 1949 sind alle jene die der kommunistischen Partei beitreten oder sie fördern, sowie jene, die kommunistische Bücher, Zeitschriften usw. herausgeben, lesen oder in ihnen schreiben, exkommuniziert und dürfen nicht zu den heiligen Sakramenten zugelassen werden. Vgl. 41 AAS (1949), S. 334.
- 31 44 AAS (1955), S. 5-14.
- 32 Vgl. den Bericht M. FANG CHE-YONG im Concilium, 1966, S. 244 f.
- 33 Vgl. ibid.
- 34 Die wahrscheinlich letzte damalige Weihe fand 1966 statt.
- 35 Wesen und weiteres Geschick der patriotischen Kirche findet überraschende Parallelen mit der in Frankreich auf Grund der Zivilkonstitution von 1790 geschaffenen, von Pius VI aber verworfenen, konstitutionellen Kirche.
- 36 Die Zeitschrift La Croix vom 8. 9. 1965 hat in diesem Zusammenhang schon von einem „neuen Altkatholizismus“ gesprochen.
- 37 Heft 8, 32. Jg., August 1968, S. 377.
- 38 Vgl. Orbis Catholicus (1965), S. 195 f.
- 39 So in dem schon zitierten Bericht von MACKERRAS im Logos, A Journal of Christian Thinking, Colombo, Nr. 3 und 4 1967, S. 14 ff.
- 40 Vgl. Pekinger Rundschau vom 13. 9. 1966.
- 41 Vgl. Barcata, China in der Kulturrevolution, Wien, 1965, S. 174.



- 42 Kathpress vom 15. 12. 1971, Nr. 289/Beil. 2.
- 43 Vgl. 18 Orbis Catholicus (1963) S. 111-12.
- 44 Vgl. 21 Orbis Catholicus (1967), S. 60-61.
- 45 Vgl. 22 Herder-Korrespondenz, op. cit. 1968, S. 74.
- 46 Eine Zusammenstellung chinesischer Pressestellen in denen der Papst genannt wird, findet sich in der Herder-Korrespondenz 22, 1968, S. 371-72. Die meisten von ihnen beziehen sich auf die Kontakte, die sowjetische politische Größen mit dem Vatikan hatten, und versuchen diese Tatsachen gegen die Revisionisten auszuwerten, wie etwa die folgende Stelle zeigt, die aus Anlaß des Podgorni-Besuches in Rom geschrieben wurde: „Welch ein nackter Verrat ist es doch von jemandem, der sich 'Marxist-Leninist' nennt, in den Vatikan zu eilen und dem Papst, der Verkörperung der Reaktion, seine 'Hochachtung' zu bezeugen.“
- 47 In der Pekinger Volkszeitung vom 17. 4. 1967 im Zusammenhang mit der positiven Aufnahme, die die Enzyklika *Populorum progressio* in der Sowjetunion gefunden hatte. Das chinesische Blatt sprach von „hochtrabenden aber scheinheiligen Phrasen, die keinen Heller wert seien.“
- 48 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. 1. 1967.
- 49 Vgl. 22 Herder-Korrespondenz, 1968, S. 371.
- 50 Vgl. 19 Herder-Korrespondenz, 1965, S. 650.
- 51 Vgl. FULBRIGHT, Die Arroganz der Macht, 1967, S. 167.
- 52 Vgl. 22 Herder-Korrespondenz, 1968, S. 74.
- 53 Vgl. *ibid.*
- 54 Vgl. *ibid.* S. 75.
- 55 Ausgabe vom 27. Oktober 1971. Wörtlich heißt es dort: „Lammissione della Cina Popolare — si rileva negli ambienti della Santa Sede — e accolta nella speranza che una piu compiuta universalita dell'Organizzazione delle Nazioni Unite sia propizia alla causa della pace nella giustizia, conformemente ai voti espressi dal Santo Padre nel suo discorso all'ONU, il 4 ottobre 1965 . . .“
- 56 Vgl. in diesem Zusammenhang RULLI, „La Cina popolare all'ONU“, 122 La Civiltà Cattolica, S. 401 f, wo die Hoffnung zum Ausdruck kommt, das mit der Zulassung der Volksrepublik zum Platze Chinas in den Vereinten Nationen zum Durchbruch gelangte Universalitätsprinzip werde es schließlich auch Nationalchina ermöglichen, in der OVN repräsentiert zu sein.
- 57 Vgl. Free China Review, Juni 1966, und August 1966, wie Freies Asien vom 26. 9. 1966.
- 58 Gespräch mit Pater Mario von Galli, Ruhr-Wort, 6. Jg., Heft 24.
- 59 Vgl. 25 Herder-Korrespondenz, 1971, S. 81.
- 60 Vgl. Die Zeit vom 4. 12. 1970.
- 61 Vgl. News from China, New York, 30. 11. 1970.
- 62 Eine Überlegung, die sich unter anderem darauf gründet, daß der Sohn Tschiang-Kai-Scheks und voraussichtlicher Nachfolger seine gesamte Ausbildung in Moskau erhielt und zudem mit einer Russin verheiratet ist.
- 63 Vgl. 25 Herder-Korrespondenz, 1971, S. 583.
- 64 Vgl. Kathpress. vom 20. Dezember 1971, Nr. 293, S. 3.
- 65 „These four authorities — political, clan, religious and masculin — are the embodiment of the whole feudal patriarchal ideology and system, and are the four thick ropes binding the chinese people, particularly the peasants.“ Mao-Tse-Tung, „Report on an Investigation of the Peasant Movement in Hunan“, (March 1927), Selected Works, Vol. I, S. 44, zitiert nach Quotations from Chairman Mao-Tse-Tung, New York, 1967, S. 169-70.
- 66 Vgl. Pekinger Rundschau vom 27. 6. 1967.
- 67 Vgl. Kathpress Nr. 289/Beil. I.
- 68 Vgl. 22 Herder-Korrespondenz, 1968, S. 377.



**Edelstahl**  
von  
**SCHOELLER-BLECKMANN**  
auch in der  
**Volksrepublik China**

优质钢

Die Schriftzeichen für „Edelstahl“ in China.

Immer öfter  
bedeuten sie „PHÖNIX“-Edelstahl.  
Denn die Qualität unserer Produkte  
ist weltbekannt.  
Wir exportieren  
rund 85% unserer Erzeugnisse.  
Auch in die Volksrepublik China.



**SCHOELLER-BLECKMANN**  
Stahlwerke AG 1010 Wien 1., Franz-Josefs-Kai 51



Dkfm. Peter Jehly, Wien

### EINIGE FRAGEN ZUM CHINESISCHEN VERKEHRSSYSTEM

(Einige Punkte dieses Artikels sind auszugsweise einer unveröffentlichten Dissertation „das Verkehrswesen Chinas, besonders der Eisenbahnen“ entnommen, welche der Verfasser am Wirtschaftsgeographischen Institut der Hochschule für Welthandel unter Herrn Professor Dr. Scheidl bearbeitet.)

Als Europäer muß man sich immer erst bewußt werden, daß in China andere Größenordnungen herrschen als in Europa: so führt zum Beispiel ein Flug von der chinesischen Messestadt Kanton in die Hauptstadt Peking über eine Entfernung, die Wien-Madrid entspricht.

Die meisten Europäer die der Volksrepublik China einen Besuch abgestattet haben, kennen lediglich das Gebiet, welches zwischen diesen beiden Großstädten liegt 1): ein nach europäischen Verhältnissen riesengroßes Areal, in welchem die Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Italien, Frankreich Großbritannien und Spanien leicht Platz finden könnten und trotzdem innerhalb der chinesischen Gesamtfläche ist dieses Gebiet nicht viel größer als ein Fünftel Chinas.

Dennoch handelt es sich hier um das eigentliche Herzland Chinas: nicht nur wegen seiner riesigen Bevölkerung (etwa 70 % der chinesischen Bevölkerung wohnen in diesem Raum) vielmehr ist auch die Wiege der chinesischen Kultur hier zu suchen, wo die natürlichen Bedingungen wie fruchtbarer Boden, schiffbare Flüsse, eine lange mit vielen Naturhäfen ausgestattete Küste und nicht zuletzt klimatische Verhältnisse günstige Voraussetzungen für Besiedlungen und Ballungen schufen.

Schiffbare Flüsse und die lange Küste mit ihren Naturhäfen sind deshalb auch die positiven Seiten der natürlichen Verkehrsbedingungen Chinas deren negative Faktoren aber auch nicht vergessen werden sollten: die meisten großen Ströme dieses „Herzlandes“ fließen von Westen nach Osten, 2) und lediglich der Perlfluß als südlichster Strom mit einer Nord-Südrichtung macht hier eine Ausnahme. Damit fehlen aber durchwegs natürliche Verkehrswege in nordsüdlicher Richtung sowie auch eine natürliche Verkehrsverbindung mit dem riesigen norwestlichen Hinterland.

Schon im Altertum versuchten die Chinesen diesen natürlichen Beschränkungen durch den Ausbau eines künstlichen Verkehrsnetzes zu begegnen: Die Errichtung des *Kaiserkanals*, dessen Bau in seinen Anfängen bis 500 Jahre vor Chr. zurück-

reicht, schuf eine Verbindung zwischen Yangtsekiang und Hoangho, wurde darüberhinaus im Süden weiter bis nach Hangchow ausgebaut und erhielt im Norden durch seine Verlängerung vom Huangho nach Peking seine Vollendung. Ergänzt wurde dieses Kanalsystem durch ein umfassendes Netz kleiner Wasserwege und Landstraßen, wodurch große Teile des östlichen nördlichen und südlichen Chinas verkehrsmäßig erschlossen auf dem Wasser für Dschunken und auf den Landwegen für Tragtiere und Zugkarren benutzbar wurden.

Auch das Vortreiben der Verkehrsadern nach dem „Fernen Westen“ wurde bereits im Altertum durch den Bau der *Seidenstraße* gelöst, die durch die heutigen Provinzen Shensi und Kansu nach Sinkiang führt und dort die Verbindung mit Südrußland und Indien offenhielt.

Dieses Verkehrssystem, das seine Wurzeln im Altertum hatte, hielt sich mehr oder weniger unverändert bis weit in die Neuzeit herein, praktisch bis zu dem Zeitpunkt, in welchem die ersten Eisenbahnen in China gebaut wurden. Wenn man landläufig von einer gewissen „Homogenität“ des chinesischen Wesens und der chinesischen Landschaft spricht dürften unter anderem besonders die nachfolgenden Faktoren dafür verantwortlich gemacht werden: die chinesische Besiedlung, die vor allem dort erfolgte, wo sich Land fand das zum Ackerbau geeignet erschien; die Bewässerungstechnik die bereits im Altertum allgemein eingeführt war und meist die Mitarbeit vieler Haushalte und Gemeinden erforderlich machte; die Gründung einer großen Zahl kleiner Provinzstädte, in denen auch das Getreide der Umgebung gelagert wurde und nicht zuletzt die erwähnte verkehrsmäßige Erschließung, die lange Zeit den Anforderungen genügte, da der Binnenhandel sich schon aufgrund der chinesischen Genügsamkeit auf einige wenige Produkte beschränken konnte (Salz, Metalle, Tee, Seide).

Meist waren dieser chinesischen Gemeinschaft aber dort Grenzen gesetzt, wo Klima und Bodenformen nicht mehr dieselben günstigen Voraussetzungen für Ackerbau und Bewässerungskulturen boten wie zum Beispiel im Norden. In den Übergangszonen zwischen intensiver Landwirtschaft und Steppenwirtschaft, wo auch noch Getreide angebaut wurde herrschten meist schon andere wirtschaftliche Überlegungen vor als im eigentlichen chinesischen „Herzland“ vor allem wenn es um den Vertrieb des geernteten Getreides ging. Dann schien nämlich bereits die Steppe als Absatzmarkt interessanter zu sein, da die Futterkosten für die Getreidekarawanen naturgemäß in der freien



Steppe billiger waren als bei einer Lieferung nach dem Süden wo freie Weideplätze nur im beschränkten Umfang zur Verfügung standen.

Es ist verständlich, daß der Bau moderner Verkehrslinien, vor allem die Errichtung von Eisenbahnen in diesen Gebieten große Veränderungen hervorrufen mußte. Kostenerwägungen für die Karawanenzüge Geltung hatten verloren an Bedeutung, eine stärkere wirtschaftliche Verflechtung zum Mutterland war die Folge und bald kam es zu großen Wanderungswellen, welche den nördlichen und nordöstlichen Gebieten Millionen von Han-chinesen zuführen sollten und die auch heute noch nicht als abgeschlossen gelten können.

Gleichzeitig mußten aber gerade in jenen Provinzen, deren große Entfernung zum chinesischen Herzland eine moderne Verkehrserziehung einstweilen nicht zuließ Zentrifugalkräfte bemerkbar werden, die sich vom Mutterlande loslösen wollten. Chinesische-Turkestan (das heutige Sinkiang) ist dafür ein besonders eindrucksvolles Beispiel: dieses Gebiet im äußersten Nordwesten Chinas, das an der Seidenstraße liegt fiel bereits vor 2 000 Jahren an die Handynastie, ging aber in der Folge mehrmals verloren und wurde erst während der Mandschudynastie China wieder voll eingegliedert. Die weite Entfernung vom Mutterland, religiöse Faktoren, die sich seit dem Eindringen des Islams bemerkbar machten, abweichende klimatische Verhältnisse vom eigentlichen China, vor allem aber auch die ganz andersartige Bevölkerung der Uighuren und Kasachen in diesem Gebiet waren wohl die Gründe, welche die chinesischen Einwanderer veranlaßten sich in chinesisch Turkestan nicht wie sonst üblich auf dem Lande sondern in den Städten als Kaufleute niederzulassen. Eine militärische und wirtschaftliche Kontrolle erschien zwar gesichert, aber nur solange die alten traditionellen Verkehrsträger vorherrschten.

Als aber die Sowjetunion im Rahmen ihrer ersten Fünfjahrespläne daran ging die Turksib-Eisenbahn fertigzustellen mußte dieses Gebiet zwangsläufig in den wirtschaftlichen und später politischen Sog der Russen geraten. Auf guten Straßen konnten sowjetische LKW's die chinesisch-turkestanische Grenze von den russischen Eisenbahnstationen innerhalb von Stunden erreichen, während chinesische Karawanenzüge 90 Tage benötigten um Waren von der nordchinesischen Eisenbahnstation Paotou in diese nordwestliche Grenzprovinz zu schaffen. Daß sich also Chinesisch-Turkestan (Sinkiang) unter sowjetischem Einfluß nicht ganz vom chinesischen Mutterlande abspaltete, — in ähnlicher Weise wie früher die

Äußere Mongolei — kann nur dadurch erklärt werden, daß die Sowjetunion während dieser kritischen Zeit in den zweiten Weltkrieg verwickelt wurde und aus diesem Grunde ihre Aufmerksamkeit zwangsläufig von diesem asiatischen Grenzgebiet abwenden mußte. Heute ist auch dieses nordwestliche Grenzgebiet durch eine Eisenbahn bis Urumtschi vom chinesischen Mutterland her erschlossen und auch hier war die Fertigstellung dieser Bahn ein Startzeichen für eine Wanderungswelle chinesischer Arbeiter, Bauern und Intellektueller. Seit 1953 hat sich die Gesamtbevölkerung Sinkiangs also des früheren chinesisch-Turkestans bereits beinahe verdoppelt. Nach der Abschaffung der Mandschudynastie machten sich aber auch im Südwesten Chinas Zentrifugalkräfte bemerkbar, die eine weitgehende Autonomie gegenüber dem chinesischen Mutterland durchsetzen konnten. Yünnan, Chinas Südwestprovinz war nur durch einige schlechte Straßen mit China verbunden, während seine Verkehrsverbindungen mit Vietnam und Burma weitaus günstiger lagen und modernen Gesichtspunkten besser entsprachen. So kam es, daß sich diese Provinz in den folgenden chinesischen Wirren sogar von der Währungshoheit Chinas trennte und ein eigenes Geld in Umlauf setzte. Auch hier ist seit 1949 dann ein grundlegender Wandel eingetreten und eine neue Eisenbahnlinie die von Kunming nach der Provinz Kweichow führt hat diese Provinz fest an das Mutterland gekettet und weitere geplante, teils bereits ausgebaute Eisenbahnlinien werden zu einer besonders starken wirtschaftlichen Verflechtung mit Yünnans nördlicher Nachbarprovinz Szechwan führen.

Beispiele wie diese zeigen, daß eine moderne Verkehrsaufschließung für China nicht nur eine große wirtschaftliche Bedeutung hat, sondern auch eine der Voraussetzungen für die politische Einheit darstellt.

Trotzdem der Wandel vom traditionellen auf den modernen Verkehrssektor war in China mit großen nationalen Rückschlägen und Härten verbunden. Im Vertrag von Nanking, der den ersten Opiumkrieg abschloß wurden die ersten chinesischen Häfen zwangsweise für den ausländischen Handel freigegeben (Kanton, Amoy, Foochow, Ningpo und Shanghai). Später im Zuge des zweiten Opiumkrieges sollten noch eine Reihe weiterer Häfen folgen.

Durch den aufkommenden Handel mit den westlichen Seemächten wurde aber das wirtschaftliche Schwergewicht immer mehr in die chinesischen Küstenprovinzen verlagert, ursprünglich verhältnismäßig unwichtige Städte, allen voran



Shanghai, wurden einmal von der Industrialisierungswelle erfaßt, zu bedeutenden Handels- und Industriemetropolen, die meist auch über ein großes landwirtschaftliches Einzugsgebiet verfügten. Somit waren die Grundlagen gegeben, die vorerst zur Entwicklung einer Leichtindustrie führten, die sich allerdings überwiegend in ausländischen Händen befand. Während also die Küstengebiete von der ersten Industrialisierungswelle verhältnismäßig früh erfaßt wurden, fiel das chinesische Binnenland wirtschaftlich immer weiter zurück. Kriege mit ausländischen Mächten, innenpolitische Wirren und nicht zuletzt der als Folge der Opiumkriege nun als legal erklärte Opiumhandel trugen dazu bei die einst blühende Landwirtschaft und das chinesische Kleingewerbe überaus stark zu beeinträchtigen.

Man sollte meinen, daß der Eisenbahnbau, der vor allem im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts in China einsetzte, diesen starken Entwicklungsrückstand des chinesischen Binnenhandels wieder hätte wettmachen können, doch dem war leider nicht so: als nämlich die ausländischen Interventionsmächte nach dem sinojapanischen Krieg (1895) die ganze Hilflosigkeit Chinas erkannt hatten, begannen sie sich Einflußsphären auf dem chinesischen Festland zu sichern. Die Russen erhielten von den Chinesen die Konzession zur Errichtung einer Eisenbahnlinie "quer durch die chinesischen Provinzen vom Amur und Kirin" in Richtung Wladiwostok" wodurch die mandschurischen Gebiete zwangsläufig zu russischen Interessenssphären wurden, da ja die strategisch und kommerziell so wichtige Bahn geschützt und gesichert werden mußte. Bereits 1898 sah sich China gezwungen an Deutschland die Hafenstadt Tsingtau und das umliegende Gebiet Kiautschau auf 99 Jahre zu verpachten, was die Russen wiederum veranlaßte auf der Abtretung der Halbinsel Liautung zu bestehen. Diese Konzessionen gegenüber den Russen und Deutschen lösten bei den anderen Westmächten ihrerseits wieder eine Kette von Reaktionen aus: die Franzosen erhielten auf 99 Jahre Kuangchow, (Kwangtungprovinz) die Engländer Weihaiwei „solange Russland Port Arthur besetzt hält“ sowie das Gebiet nördlich von Hongkong (New Territories) auf 99 Jahre und schließlich wurden die Yangtseprovinzen als englische die Fukienprovinz als japanische, die Shantungprovinz als deutsche, die Kwangsi und Yünnanprovinz als französische, die Provinzen nördlich der großen Mauer als russische Einflußsphären erklärt. Da der Kampf der ausländischen Mächte um die verschiedenen Eisenbahnkonzessionen Hand in Hand mit diesen „Interventio-

nen und Aufteilungsversuchen Chinas ging, ist es eigentlich verwunderlich, daß sich wie etwa beim Bau der Strecke Peking-Kanton auch andere (wie zum Beispiel belgische) Finanzierungsgruppen durchsetzen konnten.

Auf die bereits bestehende Diskrepanz zwischen den Küstenprovinzen und dem chinesischen Binnenland mußte sich allerdings eine solche Aufsplitterung Chinas in die verschiedensten Interessenssphären nachteilig auswirken: die rivalisierenden Großmächte bauten Eisenbahnen lediglich vom Standpunkt der verkehrsmäßigen Aufschließung ihres Einflußbereiches während verkehrsgeographische Gesichtspunkte in gesamtchinesischer Sicht außer acht gelassen wurden.

Schließlich führte dies zu einer Entwicklung, die am besten anhand einiger Zahlen dargestellt werden kann: 1948 verfügte China (ohne Mandschurei) lediglich über 18 Städte, 3) welche über eine allerdings im westlichen Sinne meist nur bescheidene Industrialisierung verfügten. Allerdings ein erster oberflächlicher Blick könnte hier täuschen; unter diesen 18 Städten gibt es nämlich 10 Industriegebiete, die nicht im chinesischen Küstenland liegen. Erst eine weitere Aufgliederung nach Zahl der Fabriken, Arbeiter und Maschinen läßt die tatsächliche damalige Situation erkennen: danach verfügten die Küstenprovinzen (Hopei, Shantung, Kiangsu, Chekiang, Fukien und Kwangtung) über 80 % der Beschäftigten und Fabriken und sogar über 90 % der Maschinen Gesamtchinas, ein eindrucksvolles Bild dafür, wie die restlichen 17 % Binnenprovinzen Chinas (mit einem verbleibenden Maschinenanteil von 10 % und 20 % Anteil an Beschäftigten und Fabriken) abschlossen.

Zahlen des Jahres 1949 über die Transportdichte führen übrigens zu einer ähnlichen Aufteilung, in welcher die sogenannten „entwickelten“ Großgebiete Nord-Nordost und Ostchina, die an die Küsten angrenzen über 77 % der Eisenbahnlinien verfügten, während die weniger bzw. unterentwickelten Regionen Chinas (Zentral Süd Nordwest und Südwestchina) nur über 23 % Bahnanteil verfügten.

Selbst auf dem Gebiet des Straßenbaus ergab sich für die unterentwickelten Regionen keine Chance diesen Rückstand aufzuholen was durch einige Zahlen über die Straßendichte dokumentiert werden kann: 9 km pro 1.000 km<sup>2</sup> in den entwickelten Gebieten also beinahe doppelt so hoch als in den unterentwickelten Gebieten – das ist ein eindrucksvolles Verhältnis zugunsten der entwickelten Regionen.

Ein vollkommen anderes Bild ergibt sich



allerdings wenn man auch die Wasserwege, also die Verkehrsmittel, welche bereits im alten China ausgebaut worden waren auf ihre Zugehörigkeit zu den entwickelten und unterentwickelten Regionen untersucht: dann ergibt sich nämlich, daß lediglich 30 % der traditionellen Wasserwege in den 1949 entwickelten Zonen, 70 % hingegen in den unterentwickelten Regionen lagen, also ein Verhältnis das der Größenordnung Chinas eher entspricht und die erwähnte später erfolgte einseitige Verlagerung der Infrastruktur umso deutlicher erkennen läßt. Allerdings sollte hier auch überlegt werden inwieweit Gebiete, in welchen dieses vorzügliche wenn auch damals teilweise versandete Binnenwassersystem bereits als wichtige Verkehrsverbindung bestand bei der Errichtung moderner Verkehrslinien gegenüber anderen Gebieten die über keine Wasserstraßen verfügten benachteiligt wurden. Zu einer solchen Überlegung wird man nämlich vor allem dann veranlaßt, wenn man die Verhältnisse in der Mandschurei betrachtet, wo die Entwicklung eines modernen Verkehrswesens offensichtlich glücklicher vor sich ging wie im eigentlichen China. Zwar verfügte auch die Mandschurei über Wasserwege doch konnten diese in den Wintermonaten meist nicht befahren werden. In Ermangelung eines ganzjährig befahrbaren gut ausgebauten Binnenwassersystems konnte nur an einen beschleunigten Ausbau von Eisenbahnlinien gedacht werden. Daß sich also traditionelle Verkehrswege dem Ausbau moderner Verkehrslinien meist hinderlich in den Weg stellten, sollte auch im Rahmen dieser kurzen Betrachtung Erwähnung finden.

So mußte dann die kommunistische Regierung im Jahre 1949 das Erbe aller dieser industriellen und verkehrstechnischen Fehlentwicklungen übernehmen. Zwar waren bis 1949 26.000 km Eisenbahn gebaut worden — sicherlich eine beachtliche Länge — jedoch bei einem Land der Größenordnung Chinas, das sich von Osten nach Westen beinahe 5.000 km, von der Insel Hainan im Süden bis ins sibirische Grenzgebiet im Norden etwa 4.000 km ausdehnt keinesfalls ausreichend. Westlich des 110. Längengrades, also im größeren Teil Chinas gab es überhaupt keine Bahnen.

Das kommunistische China sah seinen Ehrgeiz besonders darin den Westen mit Eisenbahnlinien zu erschließen. Der Ausbau der Bahn von Tienhsui nach Lanchow und von dort dann nach Urumtschi wurde im Rahmen dieser Studie bereits erwähnt. Die Industriestadt Lanchow, die vor 1949 noch sehr isoliert war ist zu einem Verkehrsknotenpunkt ersten Ranges geworden: neben der Sinkiangbahn wurde eine Verbindung von Lanchow nach Paotow

geschaffen, wodurch eine direkte Verbindung mit der Provinz Shansi und Peking hergestellt werden konnte. In südwestlicher Richtung führt eine neue Linie nach Sining, der Hauptstadt Chinghais und von dort weiter zum Kukursee. Dieser See ist Ausgangspunkt für zahlreiche geplante Bahnen von denen die spektakulärste über Gormo nach Lhasa führen soll. Wenn dieses Projekt einmal abgeschlossen sein wird ist der Lhasabahn ein besonderer Platz in der Geschichte des Eisenbahnwesens sicher. Aber auch schon heute führen gut ausgebauten Höhenstraßen von Szechwan, Chinghai und Sinkiang nach Tibet. Dieser „Drang nach Westen“ findet nicht nur im Norden sondern auch im Süden Chinas seinen Ausdruck, wenn man an den bereits erwähnten Vorstoß der Eisenbahnlinien nach Yünnan denkt oder an den Ausbau der Hunan-Kwangsiabahn bis an die norvietnamesische Grenze.

Daneben waren aber auch neue Verbindungslinien, die den Süden mit dem Norden verbinden Gegenstand der neuen Verkehrsplanung. Hier sei v. a. an die neuen Bahnen gedacht, die den Süden mit der reichen Provinz Szechwan verbindet und über Chungking, das als Hauptstadt des nationalistischen Chinas im Krieg gegen Japan Berühmtheit erlangt hat nach Chengtu, der Hauptstadt Szechwans und von dort weiter nach Paotchi führt, womit wieder ein direkter Anschluß an Lanchow und die Sinkiangbahn hergestellt ist. Oder an die Fukienbahn, mit welcher nun auch diese Küstenprovinz im Südosten Chinas an das chinesische Verkehrsnetz angeschlossen werden konnte.

Trotz diesem Bau neuer Verbindungslinien zur verkehrsmäßigen Erschließung des Landes vom Norden nach Süden dürften hier zwei Schlüsselprojekten besondere Bedeutung zukommen: der Errichtung der beiden Yangtsebrücken bei Wuhan und Nanking.

Sosehr nämlich der Yangtsekiang den Verkehr von Osten nach Westen erleichtert, für den Nordsüdverkehr stellte er eine unüberwindbare Barriere dar und so mußten auch die beiden Eisenbahnlinien, die bereits im vorigen Jahrhundert von Peking nach Hankow bzw. von Tientsin nach Pukow führten die Weiterbeförderung hier Eisenbahnfähren überlassen, da die oft reissende Strömung des Yangtseflusses jeden Brückenschlag unmöglich machte. Erst dann konnte die Bahnfahrt von Wuch'ang nach Kanton bzw. von Nanking nach Shanghai weiter fortgesetzt werden.

Diese zeitraubende Einschaltung von Eisenbahnfähren, die zudem noch stark wetterabhängig waren mußte sich auf die wirtschaftliche Entwicklung Chinas als äußerst hemmend auswirken.



Der Yangtse war aber auch eine Art „Trennungslinie“ zwischen Süd und Nord und ein Brückenschlag über diesen Fluß mußte deshalb wie ein Symbol für die neue Einheit Chinas wirken.

Als am 15. Oktober 1957 die Brücke bei Wuhan dem Verkehr übergeben wurde, war die erste große zusammenhängende nordsüdliche Hauptlinie Peking-Kanton geschaffen und wurde von Mao mit den Worten „die eine Brücke im Flug sich spannend nordsüdlichen Himmelsgraben macht sie passierbar“ besungen.

Während der Kulturrevolution, also zu einer Zeit, in welcher das Verkehrswesen Chinas in einem ganz besonderen Maße in Mitleidenschaft gezogen wurde, fiel die Vollendung der Nankingbrücke.

Diese gewaltige doppelstöckige Brücke, deren Einweihung mit großen Volksfesten im ganzen Lande gefeiert wurde dürfte mit einer Länge von fast 7 km zu den längsten Eisenbahnbrücken der Welt gehören. Die technische Leistung dieses Brückenbaues wirkt umso erstaunlicher, da in früheren Jahren selbst Brückenbauingenieure aus Amerika und Europa einen Brückenschlag über den Yangtsekiang bei Nanking für unmöglich gehalten haben. Als dann 1968 also während einem turbulenten Jahr der chinesischen Kulturrevolution die Vollendung der Nankingbrücke bekanntgegeben wurde kam dieser Verlautbarung naturgemäß auch große politische Bedeutung zu, sollte zu einem Zeitpunkt, als die Weltmeinung über China durch Berichte über die innenpolitischen Wirren in China getrübt erschien damit doch auch demonstriert werden, daß in China auch in solchen Zeiten technische Meisterleistungen vollendet werden konnten.

Schließlich darf in unserer demonstrativen Betrachtung auch auf die mongolische Eisenbahn nicht vergessen werden, die den Norden Chinas mit der mongolischen Volksrepublik verbindet und den Anschluß an die transsibirische Bahn stark abkürzt.

Jedenfalls mag ersichtlich sein, daß die Verkehrsstruktur seit 1949 bedeutende Veränderungen durchgemacht hat. So hat die Gesamtgleisanlage eine Zunahme von über 140 % erfahren und auch die neu gebauten Eisenbahnlinien dürften bereits etwas mehr als 60 % des Gesamtstandes 1949 ausmachen. Bemerkenswert ist ferner, daß etwa 80 % der neuen Linienbauten in die bis dahin unterentwickelten Zonen (Zentral SW NW und Südchina) fallen und daß auch der überwiegende Anteil der neuen Straßenbauten (Zunahme der Gesamtstraßen seit 1949 um etwa 60 %) in den weniger entwickelten Gebieten durchgeführt wurde.

Gleichzeitig muß aber auch betont werden, daß das chinesische Verkehrssystem noch weit von seinem optimalen Ausbau entfernt liegt. Wenn man an die zahlreichen projektierten Linien denkt, deren Ausbau noch nicht einmal in Angriff genommen sein dürfte, fällt dieser Umstand besonders stark ins Auge. Aber ein solcher weiterer Ausbau erfordert enorme Kosten und es sollte nicht vergessen werden, daß speziell die neu erbauten aber auch die meisten der noch projektierten Eisenbahnlinien durch ein Gelände führen, daß den Eisenbahnbau unverhältnismäßig schwierig gestaltet. Berichte besagen, daß Schienenlängen zwischen zwei Orten nicht selten das Zwei- bis Dreifache der Luftlinie betragen, wobei die Hälfte der Strecke oder mehr durch Tunnels führt.

So sind vergangene Fehlentwicklungen auf dem Gebiet des chinesischen Verkehrswesens aber auch die oft verkehrsfeindliche Oberflächenstruktur Faktoren mit denen der chinesische Planer zu rechnen hat. Zwar gibt es dort, wo Eisenbahnlinien einstweilen nur projektiert sind meist Straßen doch sind die Kosten für deren Erhaltung in großen Gebieten schon aufgrund der klimatischen Bedingungen unverhältnismäßig hoch, wenn andererseits ausgedehnte Erdölfunde zumindestens auf dem Treibstoffsektor einige Erleichterungen geschaffen haben dürften.

Sicher war es aber in erster Linie Kapitalmangel, der in letzter Zeit den weiteren Ausbau der Eisenbahnlinien hintangehalten hat. Schwerpunkt der Verkehrsstrategie liegt also nun vorerst nicht so sehr bei einer Erweiterung sondern bei der optimalen Ausnützung des bereits bestehenden Verkehrsnetzes, bzw. bei der Entlastung des Verkehrssektors durch die Errichtung von kleineren und mittleren Unternehmen die auf lokale Vorkommen zurückgreifen können und in der Lage sind ihre nächste Umgebung mit Produkten zu versorgen.

In den letzten Jahren dürfte hier viel Arbeit geleistet worden sein. Das kann man nicht zuletzt jüngsten Zeitungsberichten entnehmen, die den Ausstoß der kleinen Chemiedüngerfabriken mit 60 %, denjenigen kleiner Zementfabriken bereits mit 40 % der Bruttonproduktion Chinas angeben. Durch die Erschließung zahlreicher kleiner Kohlenvorkommen wird „allmählich die lange vorherrschende Situation, daß Südchina mit Kohle aus dem Norden versorgt werden mußte beseitigt.“ Aber auch in umgekehrter Richtung treten Erleichterungen ein, denn „allmählich wird auch die Lage verändert, daß Getreide vom Süden nach Norden transportiert werden muß. Das Nahziel der chinesi-



schen Verkehrsplaner erscheint in greifbarer Nähe zu sein.

Nach wie vor wird aber auch das Fernziel Gegenstand ernsthaftester Bemühungen bleiben, da ohne einen weiteren Ausbau aller Verkehrsmittel im großzügigstem Stil ein wirtschaftlicher Aufbau im geplanten Ausmaß nicht möglich sei würde.

- 1 Dieses erwähnte Gebiet umfaßt die große Ebene, in welcher Peking liegt, die mittlere und untere Yangtseebene mit Shanghai, das südöstliche Bergland mit der Provinz Fukien und Chekiang sowie die Lößebene im Westen der großen Ebene.
- 2 Haiho, Huangho, Huai, Yangtsekiang.
- 3 Shanghai, Nanking (Provinz Kiangsu), Peking, Tientsin (Provinz Hopei), Tsingtao (Provinz Shantung), Wuhan (Provinz Hupei), Chungking (Provinz Szechwan), Kanton, Swatow (Provinz Kwangtung), Kunming (Provinz Yünnan), Nanchang, Chiuchiang (Provinz Kiangsi), Sian (Provinz Shensi), Changsha, Hengyang (Provinz Hunan), Foochow (Provinz Fukien), Lanchow (Provinz Kansu), Kueiyang (Provinz Kueichou).

## GESPRÄCH MIT GENERALKONSUL DDR. F. J. HASLINGER, DEM VORSITZENDEN DES CHINA-AUSSCHUSSES DER ÖSTERREICHISCHEN INDUSTRIELLENVEREINIGUNG

Frage:

Herr Generalkonsul, Sie waren sozusagen vom Anfang an mit dabei. Wie haben sich die österreichisch-chinesischen Handelsbeziehungen entwickelt? Wie lang reichen ihre persönlichen China-Kontakte zurück?

Antwort:

Nach zwei Kurzbesuchen in Shanghai konnte ich Ende der vierziger Jahre mit der ersten Vertretung der Volksrepublik China in Europa, der CNIEC, das erste Großgeschäft abschließen. Jene Vertretung residierte damals im Hotel Johannahof hinter dem Oranienburger Tor in Ostberlin.

In der Folge ergaben sich Kontakte zu Dr. Chi Chao Ting, dem Präsidenten des chinesischen Büros für Westkontakte und Vizepräsidenten der China Bank. Ich traf mit Dr. Chi und anderen chinesischen Delegierten wiederholt auf den Messen in Leipzig, Posen, Brünn, Budapest und Plovdiv zusammen.

Im Mai 1954 fuhr ich gemeinsam mit dem damaligen Leiter der Abteilung Handelspolitik und Außenhandel der Bundeswirtschaftskammer, Hofrat Dr. Carl Wessely, zur CNIEC in Berlin. Im Rahmen weiterer Kontaktnahmen hat sich auch Herr Dr. Marquet von der Vereinigung Österreichischer Industrieller nach Berlin begeben.

Schließlich kam es Juni/Juli 1956 nach Abstimmung mit Bundeskanzler Raab, Außenminister Figl und dem amerikanischen Botschafter Thompson zur ersten offiziellen Delegation der Vereinigung Österreichischer Industrieller nach Peking. Die Delegationsreise, die gemeinsam mit dem Büro für Ost-West-Handel unter Teilnahme mehrerer Importhändler veranstaltet wurde, stand unter meiner Leitung. Wir wurden in China sehr gut aufgenommen. Neben einem Empfang bei Ministerpräsidenten Tschou En Lai nahmen wir an einer Mozart-Gedenkfeier, an Besichtigungen der Großen Mauer, des Sommerpalastes, der Minggräber und an einer Reise in die Mandschurei teil. Das Ergebnis waren Aufträge einer Gesamtsumme von 15 Millionen Dollar und interessante Importkontakte.



Frage:

Fällt in diese Zeit nicht auch die Gründung des China-Ausschusses der Industriellenvereinigung?

Antwort:

Richtig, mir wurde der Vorsitz übertragen (Reichert) während sich das Exekutivkomitee aus den Herren Hans v. Werther (Schrack), Claudius Walter (Steyr-Daimler-Puch), Dir. Mike (Heid) und Dipl. Ing. Schnell (Siemens) zusammensetzte.

Frage:

Wie hat sich der China-Handel dann weiter entwickelt?

Antwort:

Im Rahmen der Wiener Messe zwischen 12. und 15. September 1956 war die Volksrepublik China durch einen eigenen Pavillon vertreten. 1957 und 1958 ergaben sich mehrere Besuche bei der chinesischen Botschaft in Bern. Am 4. 12. 1957 kam außerdem eine chinesische Wirtschaftsdelegation nach Wien, die vom Handelsminister und vom damaligen Bürgermeister Jonas empfangen wurde. Die chinesischen Gäste besuchten außer den Firmen Alpine, Böhler, Eumig, Goertz, Norma Reichert, Stickstoffwerke, VOEST und Uher, den Erzberg und die Montanistische Hochschule in Leoben. Das Arrangement dieses Besuches lag in meinen Händen.

1957 fuhr auch eine österreichische Technikerdelegation nach China, die sich vor allem um das Service kümmerte und in verschiedenen chinesischen Städten über ihre Sachgebiete Vorträge hielt. Im darauffolgenden Jahr erfolgte ein Gegenbesuch chinesischer Techniker in Österreich. Die Gestaltung war Dr. Otto Hartig von der V. Ö. I. übertragen.

Einen neuen Aspekt gewannen die österreichisch-chinesischen Handelsbeziehungen durch die Diskussion um die Entsendung eines Außenhandelsdelegierten nach der VR China. Es erfolgten Vorsprachen beim Außenminister Figl (23. 3. 1959) und beim damaligen Staatssekretär Dr. Kreisky (21. 4. 1959). Beide Herren zeigten sich aufgeschlossen. Auch mit Handelsminister Dr. Bock fanden mehrere Aussprachen statt. Als dann die Chinesen veranlaßt werden konnten, an der Wiener Herbstmesse 1959 teilzunehmen – Delegationsführer Dr. Chi – fanden im Rahmen dieser Veranstaltung Fühlungsnahmen mit offiziellen Stellen statt. Am 16. 2. 1960 fuhr eine Industriedelegation auf Einladung des dortigen chinesischen Botschafters nach Bern, worüber den Ministern Dr.

Bock und Dr. Kreisky am 25. 2. 1960 berichtet wurde.

Die Jahre 1960 bis 1964 brachten lebhaftere Kontakte mit dem Council for the Promotion of International Trade in Peking sowie eine vorzügliche Berichterstattung durch den österreichischen Handelsdelegierten in Hong Kong, Dr. Svoboda und den österreichischen Generalkonsul in Hong Kong, Dr. Majlat, aber rückläufige Exportziffern. Schließlich kam es zum Abschluß des Kammerabkommens zwischen dem Vizepräsidenten der Bundeswirtschaftskammer, Generaldirektor Seidl und dem chinesischen Council in Peking. Die Unterzeichnung erfolgte in Wien durch den Präsidenten des Council. Um den durch den Kammervertrag gesteckten Rahmen durch tatsächliche Kontakte auszufüllen fuhr im Oktober/November 1964 unter meiner Leitung eine Fact-finding-Mission der V.Ö.I. nach Kanton, Peking und Shanghai, deren Bedeutung durch die Teilnahme Dr. Marquets unterstrichen wurde.

Am 3. 5. 1965 traf dann eine aus fünf Personen bestehende Delegation in Wien ein, welche die permanente Handelsvertretung des China Council einrichtete. Die Einrichtung der entsprechenden österreichischen Vertretung in Peking erfolgte im Jahre 1966. Allerdings konnten während der Kulturrevolution trotz Anwesenheit des österreichischen Handelsdelegierten in Peking Exporte nur sehr sporadisch abgewickelt werden.

Nach der Kulturrevolution und noch besonders gefördert durch die Anerkennung der Pekinger Regierung durch Österreich ergaben sich neue fruchtbarere Kontakte. Nach Aussprachen mit dem chinesischen Handelsrat Cheng, dem Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer, Sallinger und dem Vizepräsidenten Seidl, trat am 7. 11. 1971 eine österreichische Wirtschaftsdelegation ihre Reise nach der VR China an. Leitung: Vizepräsident Seidl, Stellvertr.: Dr. Haslinger.

Frage:

Was sind Ihre Eindrücke?

Antwort:

Kanton ist eine chinesische Exportmesse. Dies ist zu berücksichtigen, wenn man hinfährt. Sie kann Bedeutung für den Import haben, wenn man das Glück hat, auf Interessentengruppen von Importeuren zu treffen. Immerhin darf die Möglichkeit zur Kontaktnahme in ihrem Wert nicht unterschätzt werden. Einerseits ist die Messe in Kanton ein gutes Training für erstmalige Chinafahrer – von den 22 österreichischen Teilnehmern waren 20 zum ersten Mal in China – sich mit den chinesi-



schen Gepflogenheiten vertraut zu machen. Andererseits betrachten die Chinesen die Teilnahme als Geste der Höflichkeit. Sie haben sich auch besonders bemüht durch Besichtigungsprogramme etc. uns einen Einblick in die neuesten Entwicklungen ihres Landes zu geben. Mir fiel dabei immer wieder auf, wie gut die Chinesen größte Menschenmassen organisieren können, die auf kleinstem Raum an Damm- oder Einebnungsprojekten arbeiten, ohne sich dabei gegenseitig im Weg zu stehen. Die gezeigte Disziplin mag sicherlich in engem Zusammenhang mit dem Ansehen stehen, das der Vorsitzende Mao und seine Lehren in China genießen. Während man in anderen Oststaaten von guten Bekannten immer wieder Witze über die politische Führung hört ist mir dies in China noch nie begegnet. Das Volk hängt am Vorsitzenden Mao mit einer fast religiösen Ergebenheit.

Frage:

Wie stand es mit den Abschlüssen?

Antwort:

Die sollten nicht überbewertet werden. An sich herrschte heuer nur mäßige chinesische Kauflust. Das Geschäft auf dem Stahlsektor war bereits vorher perfekt geworden und in Kanton erfolgte nur mehr der formelle Abschluß. Der China-Handel erfordert eine geduldige Bearbeitung, um später für den künftigen Bedarf vorbereitet zu sein. Dabei mögen sicherlich auch Föderalisierung in Budgeterstellung und Produktion eine Rolle spielen. China will bewußt Agrarstaat bleiben und geht gigantischen Betrieben a la Sowjetunion aus dem Weg. Es fördert die Klein- und Mittelbetriebe und ich konnte die Auswirkungen mit eigenen Augen sehen, als wir zur Großen Mauer fuhren. Dort wo früher kaum etwas war, besteht nun eine geschlossene Kette von Industriebetrieben. Die Verlegung eines zweiten Gleises nach Norden, die ich beobachten konnte, mag Auswirkung dieser Entwicklung sein. Da ich die Beseitigung der Bodenunebenheiten auf den Feldern, die ich wiederholt sah als Vorbereitung auf die maschinelle Bearbeitung deute, mag China in zwei drei Jahren ein interessanter Markt für landwirtschaftliche Maschinen werden. Wie ich schon sagte ist Geduld am Platz. Aber auch eine andere Komponente sollte berücksichtigt werden: Man hat es fast überall in Südostasien bei Geschäftsabschlüssen mit Auslandchinesen zu tun. Diese hängen mit einer Intensität am Mutterland, die, wie ich aus eigener Erfahrung weiß durchaus geschäftsfördernd sein kann, wenn man als Geschäftsmann auftritt, der zur VR China Handelskontakte unterhält. — Und man kann nur

staunen wie sehr jene Leute darüber informiert sind.

Frage:

Spielte bei der Behandlung der Delegation der Umstand, daß es Österreicher waren, eine Rolle?

Antwort:

Ich glaube, ja. Wir wurden überaus gut aufgenommen, bekamen sofort Gesprächstermine, wohnten im Peking Hotel, wo sonst nur Diplomaten absteigen und wurden an einem Sonntag vom Außenhandelsminister empfangen. Diese und viele andere Anzeichen sprechen dafür, daß man in China für Österreich Sympathien hegt.



Dr. Chang Sun-fen, Sofia

AUS DER WIENER STUDIENKONFERENZ 1972  
 „CHINA IN DER MODERNEN WELT“  
 THE DECEMBER 9 AND THE DECEMBER 16  
 STUDENTS MOVEMENT

The history of China in the first half of the 20th century is a history of the struggle of the Chinese people against oppression and foreign invasion, for national independence, freedom and international equality. As it is known to all, since the middle of the 19th century China had been reduced to the status of semi-feudal and semi-colonial country. In spite of the establishment of the republic in 1911 the situation had not been changed, and the internal situation was in a state of chaos. As it was said in the testament of Dr. Sun-Yat-sen, the founder of the republic: „The revolution is not yet accomplished, comrades must take still more effort.“

In the 30th of this century the situation became still more complicated by the invasion of the Japanese imperialists. China was then facing the danger of being completely colonized by Japan. The corrupted government of Chiang-Kai-shek made no effort in undertaking resistance against the invaders, but was engaged in civil war against the Chinese Communist Party. As the corruption was getting deeper and deeper, the discontent of the population towards the rule of the Kuomintang government was increasing day by day.

By that time what did the Common Chinese people, including the intellectuals know about Kuomintang and the Chinese Communist Party.

In the schools in whole China it was obligatory to study the famous Dr. Sun-Yat-sen's Three People's Principles, which was supposed to be the basic political programme of the Kuomintang. Besides that there was in all schools and organizations a special hour every week, in memory of Dr. Sun-Yat-sen. The first thing which everybody had to do in this special hour was to sing the hymn of Kuomintang and repeat by heart the testament of Dr. Sun-Yat-sen. Sun-Yat-sen said in this testament.

„For forty years I have devoted myself to the cause of the national revolution with the aim of winning freedom and equality for China. My experiences during these forty years have firmly convinced me that to achieve this aim we must arouse the masses of the people and unite in a common struggle with these nations of the world which treat us as equal.“

The Kuomintang government which was supposed to be the official successor of the cause of Sun-Yat-sen was acting against his will in all aspects. They betrayed the revolution. During the Japanese invasion on Sept. 18, 1931 instead of making effort for the defense of the sovereignty and independence of the country, Chiang-Kai-shek ordered the Chinese troops in Shenyang (Mukden) and in other parts of the Northeast to withdraw to the south of the Great Wall, thus making it possible for the Japanese imperialists to occupy the whole Northeast within less than three months. The Chiang-Kai-shek government slanderously accused the Red Army of disturbing the rear, and spread the slogan: „Domestic rebellion must be suppressed before fighting a foreign foe.“

Following the Sept. 18 incident, on the night of January 28, 1932 the Japanese army attacked Shanghai, attempting to turn it into a second base for colonizing China. Chiang-Kai-shek spared no effort in undermining the resistance offered by the army and the population in Shanghai. After compelling the 19th Route Army, fighting then against the aggressors to withdraw from Shanghai, he concluded the Shanghai Armistice Agreement with Japan, which stipulated that China should not station troops in Shanghai and should ban the anti-Japanese movement throughout the country.

The roaring guns of the Japanese invaders awakened the broad masses of China and roused their patriotic feelings. People were dissatisfied with the non-resistance policy and the rule of the corrupted Kuomintang government. Resist-Japan-and-Save-China Associations were set up in many cities in China and carried on anti-Japanese activities in spite of the ban of the government. Newspapers carried commentaries, demanding the Kuomintang to change its political attitude, put an end to the civil war, abolish one-party dictatorship, and lift the ban on other parties activities so that the whole nation could unite against the Japanese aggressors.

Due to the policy of suppression of the Kuomintang, the common people, including the intellectuals in the Kuomintang controlled area actually knew very little about the Chinese Communist Party. The only information they could get was from the official press where the communists were described as group of bandits who killed people, burned their houses and caused disorder in society.

It was also because of the brutal massacres and suppression of the Kuomintang government towards the communists, people were deprived of



the knowledge of the real situation of the country and the opinions of the Chinese Communist Party. The Kuomintang government banned all progressive books and journals. Any book, even if it had only the slightest tinge of revolutionary sentiment, or a red-lettered cover, or was merely written by a left winger, was banned. Numerous bookshops which published or sold progressive books and magazines were closed down. Hundreds of thousands of young people were butchered in 1927 - 1932, and countless were missing or imprisoned. Actually by that time the Chinese Communist Party had developed so much that the number of the party members had developed from 50 by its founding in 1921 to more than 40 000 in 1931, in spite of the brutal policy of massacre and the terrific suppression of the ruling government of Kuomintang. It had its own Workers and Peasants Red Army of over 100 000 people with their bases in different regions in the country, and controlled an area of over 500 000 sq. km with over 10 000 000 population. The Chinese Communist Party had established its own soviet state, organized the broad masses of people and carried out agrarian reform in the territory controlled by the Red Army. The Red Army was able to encounter the repeated attacks and encirclement of the Kuomintang army of over 300 000 strong.

In addition to all, the communists recognized „the Three People's Principles as the political basis for the anti-Japanese National United Front“, they acknowledged that „the Three People's Principles“ being what China needed by then. The Chinese Communist Party was ready to fight for their complete realization and they admitted the basic agreement between the communist minimum programme and the political tenets of the Three People's Principles, reinterpreted by Dr. Sun-Yat-sen in the Manifesto of the First National Congress of the Kuomintang.

On Nov. 7, 1931 the first national Congress of workers and peasants and soldiers was convened in Juichin in Kiangsi province, proclaiming the establishment of the Central Worker's and Peasant's Democratic Government. The overwhelming majority of the communist party members by then was among the rural population in the communist controlled area. It was due to the policy of brutal suppression of the Kuomintang government, the Chinese Communist Party could carry out only underground activities among the urban population in the cities. The main activity by that time was to make propaganda among the population, to arouse patriotic feelings and organize them.

It was on April 15, 1932 the Worker's and Peasant's Central Democratic Government established by the Chinese Communist Party issued a declaration of war against Japan, calling upon the Worker's and Peasant's Red Army and the broad oppressed masses to wage a national revolutionary war to drive the Japanese aggressors out of China. On January 17, 1933 another declaration was issued to show the Red Army's determination to resist Japan and to show the Chinese Communist Party is willing to conclude an agreement for resistance against Japan with any army on condition the attack upon the Red area be stopped, the people's democratic rights be guaranteed and the masses be armed.

It turned out entirely clear who was the actual successor of the Chinese Revolution started by Sun-Yat-sen.

In 1935, on May 29 the Japanese invaders launched a new attack on North China under the pretext that China had been giving aid to the volunteers in the Northeast. Japanese troops began to pour into North China. The Kuomintang government was completely cowed by the new military offensive. An agreement was soon signed by Ho-Ying-chin, the Kuomintang representative in North China and Yoshijiro Umezumi, commander of Japanese armed forces in North China. Under this agreement China lost her sovereign rights and brought humiliation upon the whole nation. In accordance with this agreement the Kuomintang headquarters in Hopei province, Peking and Tientsin were closed down, the gendarmerie, the Central Army and the Northeast Army were withdrawn from Hopei, the political Department of the Peking Branch of the Military Council was abolished and the anti-Japanese movement was suppressed.

To meet the Japanese demands for a special government in North China, the Kuomintang Central Government appointed Sung-Che-yuan, Wang-Yi-tang and Wang-Ke-min to form the Hopei-Chahar political Council thus putting these provinces beyond its own jurisdiction and reducing them to the status of a puppet state.

By the way, those people who were considered traitors by the young Chinese generation faced opposition even in their own family. For instance the traitor Wang-Ke-min had a niece who was staying with his family. She managed to escape and afterwards joined the communist 8th Route Army.

As the national crisis sharpened, anti-Japanese movement reached a new height. Even the



Kuomintang itself began to hesitate whether to surrender entirely to Japan or to resist. On Aug. 1, 1935 the Central Committee of the Chinese Communist Party issued its „Appeal to fellow countrymen concerning resistance to Japan and national salvation“ calling on them to unite against the common for whatever are the past or present differences in political opinions and interests. In Nov. 13 a declaration was issued by the Central Committee of the Chinese Communist Party. It pointed out the danger of the Japanese imperialists colonization of China and of Chiang-Kai-shek's betrayal of national interest. Hence resistance to Japan and opposition to Chiang-Kai-shek were the only way out for the Chinese people in their fight for national salvation. It appealed to the whole people to rise, get organized and support this only correct view for saving the nation from extinction and ensuring survival.

In Nov. 1935 the Peking Students Union was formed under the leadership of the Chinese Communist Party. All the Self-governing Committees of the Students in the schools and universities in Peking carried out the decisions of the Union. Of course it was not known to the students by that time that the Union was under the leadership of the Communist Party.

As it was mentioned before the Communist Party could carry out only underground activities by that time. Nobody knew who was a communist and who was not, even among the communist members themselves. Connection between the communists was only by single-line way. But the Students-self-governing committees were lawful organizations. The members were elected by the general assembly of the students every year.

Broad propaganda was set up among the students. Meetings were held in universities. Speeches were delivered on the current political situation in the country. Enthusiastic discussions were carried out. Students were aroused, especially those who had lost their homes and parents in the Northeast. Everybody hated the Japanese invaders and was dissatisfied towards the rule of the corrupted Kuomintang government. Printed appeals were delivered among students and population, more and more students joined the patriotic movement.

I was then freshman in the Yenching University. Yenching was an American missionary university. It was situated somewhat 12 km from the city. Like all other students in Peking, students in Yenching took part in the movement actively. The following are activities which I saw with my own

eyes or had taken part in.

Since the anti-Japanese movement was banned by the puppet government the activities of the Students Union were endangered of being searched and the organizers arrested anytime by the police. Meetings became secret, sometimes the appointed places for meeting had to be changed suddenly. In order to get rid of the police the organizers often had to walk tens of kilometers in the cold winter night to go to the universities outside the city to hold a meeting. The little mimeograph often had to be moved from house to house in order not to be found in case of a search.

Dec. 9, 1935, it was a very cold Monday. The night before, a call reached the students dormitories, that a patriotic demonstration was going to be held the next day for putting forward the demand of resistance Japanese invaders and saving China. Everybody was so excited, preparing warm clothes and convenient shoes for the long march to the appointed place in the city where a mass meeting of students together with the population in the city was supposed to be held. The young students suddenly became very serious, feeling that they were going to do something to save the native land. Almost everybody decided to take part in the demonstration without a bit of hesitation.

Early in the morning on Dec. 9, about five o'clock students were assembled in the university campus in the darkness. Since the Chinghua and Yenching universities were some 12 kilometers from the center of the city, we started earlier. Under the command of the responsible persons of the Students Self-governing Committee we lined and formed groups, and moved off towards the appointed place for the meeting. All along the way we were instructed not to leave the group and hold firmly to the next man on both sides in case of interference by the state authority. Along the road we shouted after the leaders of the groups slogans which were previously drawn up by the Students Union: „Down with the Japanese imperialists“, „Down with the traitors“, „Down with the puppet state“, „Down with the aggressors“, „Unite and fight the Japanese“ and so on. From those schools where Students Self-governing Committee were not yet organized students rushed out of their classrooms and joined the line when they heard the slogans. The students column got longer and longer. Suddenly the roaring of motorcycles was heard, a crowd of policemen on motorcycles appeared before the students column. The group leaders instructed the students to be quiet and not to get confused, but to hold each other still tighter.



Breaking the cordon of the policemen, the students reached the nearest city gate of Peking, Hsichimen but the city gate was tightly closed. Policemen, gendarmes and soldiers with their guns, belts and truncheons walked about on the city wall. Numerous passersby, peddlers and the civilians living nearby all crowded round looking and asking. It was impossible for the students column to enter the city through the gate, we decided to move quickly to the south to Fuchengmen where the city gate was not so strong. When the students got there the city gate was also closed. The students picked up a pole lying on the roadside and began to jostle the gate. When the gate was about to break down, the policemen, gendarmes and soldiers who guarded the gate began to throw stones from the city wall over the heads of the students. The students also picked up stones and threw back. A fight of flying stones started. Some students tried to climb up the city wall along the broken bricks, but were whipped up by belts or pushed back with butts of the rifles. The calling and shouting of the students inside the city could be heard beyond the city gate. The gendarmerie got reinforcement. A girl student who peeped through the empty space below the city gate was drawn away through the hole by the policemen and was arrested.

Meanwhile inside the city gates students discovered that early in the morning on Dec. 9 the university campuses were under watch of policemen and gendarmes. All the city gates in Peking were closed. Policemen, gendarmes and dadaodui. (i. e. a special detachment of the Army for Special Security, armed with the big knives) were ordered to keep watch of the students. Motorcycles, machineguns and fire hoses were lined up on both sides of all the main streets in the city. When more than 6 000 students marched out in tight columns from schools and universities from different sectors of the city and moved towards the appointed place for meeting, shouting slogans along the way, the policemen, gendarmes and dadaodui stopped their way by swinging their belts, truncheons and big knives. A skirmish broke out between the policemen, gendarmes and the students who demonstrated with empty hands. Breaking the cordons, the students moved on, the policemen were ordered to open the taps and let out strong streams of icy cold water from the fire hoses. They directed streams over the students' columns, wetted them and disordered the lines. The soaked dresses quickly got stiffened, since it was very cold that day. Some boys rushed up to the policemen and tried to take away from them the fire hoses, others fought with

the dadaodui. Many students got wounded by the big knives. Passersby crowded around, the whole city was aroused, old and young, women and men all came out in the streets and watched the excited incident and discussed. Some of them joined the students' columns and shouted slogans together with them, others sighed and blamed the government. Some civilians helped the wounded students to go to hospitals, some looked for their own sons or daughters among the columns. In some quarter of the city gunfire was heard, the students were scattered, running about looking for their schoolmates and friends. The police arrested many students, stuck them into prisoners' carriages and carried them away.

It was late in the afternoon when the students went back to the dormitories or homes. The next days a big search and arrest were set up by the police, many of the leading members of the Students Union were arrested, among the arrested were also some students who had not even taken part in the demonstration.

The Kuomintang government tried to suppress this patriotic movement by such savage measures and arrest, only to find it to swell to greater proportions. On Dec. 10 all schools in Peking suspended teaching. Under the leadership of the Students Union the Students Self-governing Committees in all schools and universities carried out propaganda and organizational work. Active preparation for further large scale struggles went on uninterrupted.

On Dec. 16 when the „Hopei-Chahar Political Council“ was scheduled to be inaugurated the students in Peking organized another protest demonstration. After the first experience on Dec. 9 most the students became still more resolute. They were ready to sacrifice everything for the sake of the nation. Before Dec. 9 most of the students did not even imagine that their patriotic activities could meet such savage response by the government.

The night before Dec. 16th everybody was so excited. We got the news about the demonstration rather late in the evening and I told my roommate we should better sleep soon in order to be fresh in the morning. But she could not sleep and was thinking about her mother since she was the only daughter. She wrote a parting letter to her mother, put it in her pocket and joined the demonstration on the next day. Another girl insisted to take part in the demonstration although she suffered from a wound inflicted on her forehead by the big knife of a security officer.



Some other girl students also parting letters for their parents in their pockets in case they would be arrested or killed during the demonstration.

The evening before Dec. 16, a part of the students from Yenching, Chinghua and other universities outside the city slipped into the city and hid in friends' houses in order not to be shut out outside the city gate like it had happened on Dec. 9.

On Dec. 16 30 000 Peking students and civilians staged an immense patriotic demonstration. Breaking through the encirclement of the policemen and gendarmes who used still more savage measures to suppress the patriotic movement. Many students got wounded by the dadaodui. When the great students' columns reached Chienmen, near the Legation Concession, gunfire had been heard several times. Foiling the assault of the police and gendarmerie the students held a mass meeting at Tienchiao in the South of the city, followed by a huge demonstration.

Under the pressure of the masses, the puppets were forced to announce the postponement of the establishment of the „Political Council.“

The patriotic demonstration on Dec. 9 and 16 defied the joint reign of terror of the Kuomintang and the Japanese imperialists, evoked immediate response from the students in other parts of China and spread the movement throughout the country. Arrest went on and innocent prisoners increased day by day.

After the demonstrations, university students were on strike. Various activities were organized in the university campuses, students were engaged in carrying out different kinds of tasks. Students patrol brigades were organized in all universities to safeguard the activities in the campus. Students, members of the patrol brigades went in groups in carrying out their duties day and night watching the campuses and the university gates, thus to avoid unnecessary loss in case of a sudden search by the police and gendarmerie.

To prevent betrayal of the strike, permissions had to be asked from the Students Self-governing Committees in the universities for leaving the campus during the period of the strike. The telephone centres of the universities were on watch by the students' patrol brigades too.

Propaganda brigades were formed. Many students went to the midst of the workers and peasants to broaden the bases of the movement for resisting Japan and saving China.

Choirs and dramatic clubs were organized, revolutionary songs and plays were learned.

I had been a member of a chorus group. Among the songs we learned were Chinese revolutionary patriotic songs, the French revolution song, the „Marsaillaise“ but also the International and some Russian revolutionary songs in Chinese translation. One of the plays which was performed all over China was „Put down your whip“. It is a story of a poor man who can make a living only by singing at restaurants and other places together with his little daughter and when she became tired of singing he whipped her. But afterwards he was told by young people he should not whip his daughter but should turn against the real reason of his wretched life: against those who prevent China's independence.

The members of these clubs went together with the propaganda brigades to mines, factories and villages and set up performances for the workers, miners and peasants. But the Kuomintang government made every effort to stop the students to carry out their propaganda. Troops were sent out to chase the propaganda brigades who went in mines and villages and sent them back to the city.

Courses for learning radiotelegraph codes, latinizing Chinese writing, first aid and many other activities were organized during the period of the strike.

The strike lasted till the end of the year. During the winter vacation, the activities of national salvation did not cease. Students who stayed in the universities went in small groups instead of big brigades to the nearby villages for carrying out propaganda among the peasants. When the school started again such kind of propaganda continued at the weekends.

I had been in one of those groups. Everytime we went by four or five people together to the farmers' families. They complained that life is very hard and the emperor didn't take care of them. We tried to explain to them that there is no more emperor since more than 25 years but that the government of the republic was not taking care of them, that their situation might still become worse since we were going to lose our nation. Therefore all should unite and fight the enemies. So by and by the farmers learned to distinguish between friends and enemies and started to support the communist Eight Route Army. Of course they have been first a little afraid of the students. But later on they got used to us. We became friends and they listened to what we were telling them. The effect of our work I could see in 1939 when I



visited a village and the farmers told me: „ba ge changchang lai“ that means: The brothers of the Eight Route Army often come here.

Those who were arrested by the police were not released from the prison until they had got somebody to guaranteed for them. In the end of March 1936, one of the arrested students died in the prison. The funeral became a great manifestation.

In Sept. 1936 those who had taken part in the Dec. 9 and 16 Students Movement formed the „Corps of Vanguard of National Liberation.“ (Minhsian). It was a revolutionary youth organization founded under the leadership of the Chinese Communist Party.

Under the influence of students movement the image of the Communist Party had changed. The false imagination of communism forced on the young people by KMT-propaganda had vanished since the young generation was impressed by the communist efforts for patriotism and national preservation. So even when people realized their organization was in fact lead by communist cadres they did not mind.

When the War of Resistance against Japanese Aggression broke out in 1937 most of the members of the „Minhsian“ took part in guerrilla warfare or joined the 8 Route Army or the New 4th Army. From then the proportion of the intellectuals among the members of the Chinese Communist Party increased. Many of the present cadres of the People's Republic of China are participators of the Dec. 9 and 16 Students Movement in 1935.

As Mao-Tse-tung said: „there is difference between intellectuals in colonial and semi-colonial countries and those in capitalist countries.“ Intellectuals in the colonial and semi-colonial countries are politically sensitive. Since the end of last century the Chinese intellectuals had played a role of vanguard in the modern Chinese history. Through the Dec. 9 and 16 Students Movement in 1935 besides the protest which they demonstrated against the rule and the policy of the government the students set up a broad propaganda which aroused the whole population and awakened their patriotic feelings. In the meantime the students themselves got the chance to look into the deep reality of Chinese society, especially when they went amidst the workers and peasants who formed 90 percent of the population, they recognized still better the backwardness of the country and the degree of poverty of the population. So they were still more convinced that after the expulsion of the aggressors from the countries an entire change

should take place, in order to achieve real national independence and freedom.





Vivien Pick  
 ICH DENKE AN DIE HEIMAT  
 (Zum chinesischen Jahreswechsel 1963)

Da die erste Nummer des China-Report 1972 nicht lange nach dem chinesischen Neujahrsfest erscheint, wollen wir unsere Leser mit einem chinesischen Neujahrs Gedicht überraschen. Es wurde von Frau Univ. Lekt. Vivian Pick (geb. Schü Dschi-siu) im Jahre 1963 verfaßt, als sie zur Zeit des Jahreswechsels nach dem Mondkalender der Heimat und ihrer Familie gedachte.

Die Reimtechnik, derer sie sich bediente, kam im neunten Jahrhundert auf und erreichte während der Sung-Dynastie (960-1279) besondere Blüte. Die Gedichte wurden nach Melodien geschrieben. Jedes besteht aus zwei Strophen. Die Zeilen sind ungleich lang und ihre Zahl ist nicht wie in der vorhergehenden Tang-Dynastie mit vier oder acht limitiert, sondern paßt sich der jeweiligen Melodie an. Es gab tausende solcher Weisen, von denen leider keine einzige auf uns gekommen ist. Allein der besondere Rhythmus und Reim dieser Gedichte wurde überliefert und es gibt heute noch chinesische Lyriker, die sich an die ehrwürdigen Vorlagen halten.

Das vorliegende Gedicht wurde im Shui diao ge-tou (Lied nach der Wassermelodie) geschrieben. Der Prägnanz der chinesischen Sprache und der Ausdruckskraft der chinesischen Piktogramme wegen, kann sich der chinesische Lyriker mit weit weniger Wörtern begnügen, als der europäische. Für Kenner und Genießer haben wir auch das chinesische Original wiedergegeben. Aber selbst dem Laien fällt auf, daß die Übersetzerin vierundzwanzig Zeilen benötigte, um die in den wenigen Sätzen des chinesischen Originals enthaltenen Gedanken im Deutschen korrekt auszudrücken.

乡 思

调寄「水调歌头」

今岁丰收否？把管念家乡。  
 遥想黄浦江上，春节笑声洋。  
 梦里魂飞归去，又恨崇岭海屿，无力远飞翔。  
 捲帘看鸿影，展纸费思量。

泰山壮，大江长，原野广。  
 平畴万里，千红万紫百花芳。  
 云散娇阳普照，潮涨千舟竞放，破浪捕鱼忙。  
 海天遥祝愿：群季共安康！

徐芝秀 一九六三年一月底  
 于维也纳



Die Feder haltend, denk' ich an die Ernte –  
ob sie wohl gut? – und an die Heimat weit  
und an den Huang-Hu-Fluß, der sie durchströmt  
und an das Frühlingsfest voll Fröhlichkeit.

Die Seele fliegt im Traum zurück nach Hause,  
ich habe keine Kraft, so weit zu fliegen.  
Ich hasse alles, was von dort mich trennt:  
Gebirg und Meere, die dazwischen liegen.

Ich zieh' den Vorhang auf. Die Blicke suchen:  
bringt eine Taube vielleicht Nachricht mir?  
Ich sitze tief versunken in Gedanken  
und breite vor mir aus das Briefpapier.

Ich seh' den Taishan majestätisch ragen,  
den Yangtsekiang die Ebene durchziehn,  
Zehntausend Meilen Ackerland und Blumen  
von jeder Art, in allen Farben blühen.

Die Wolken zogen alle fort, es scheint  
die Sonne hell im Lande rings umher.  
Es kommt die Flut, die Fischerboote fahren,  
den Sturm durchbrechend, rasch ins offene Meer.

Und über weites Meer und weiten Himmel  
schick ich den Wunsch nach Hause als Gesandten:  
In Frieden und Gesundheit möge leben  
die ganze Schar der jungen nah' Verwandten.

Übertragung: Dr. Eleonore Langer

## CHRONIK DER ÖSTERREICHISCH- CHINESISCHEN BEZIEHUNGEN

### Fakten und Daten

#### Nachtrag zu Heft 2/1971:

20. Oktober 1971

Der Botschafter der Volksrepublik China in Wien, Wang Yueh-Yi, stattet dem Burgenland einen Besuch ab. Er wird in Anwesenheit von Mitgliedern der Landesregierung von Landeshauptmann Kery im Eisenstädter Landhaus empfangen.

25. November 1971

Außenminister Dr. Kirchschräger kommt im Rahmen eines von der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik veranstalteten Vortragsabends über „Gedanken zur österreichischen Außenpolitik 1971“, an dem auch Vertreter der chinesischen Botschaft teilnehmen, auf das Thema China zu sprechen. Der Minister führt die Haltung Österreichs in der Vertretungsfrage Chinas in den Vereinten Nationen als Beispiel für die „Vorhersehbarkeit und Unabhängigkeit“ der österreichischen Außenpolitik an. Kein UN-Mitglied sei über das österreichische Stimmverhalten überrascht gewesen. Als eine der wenigen Delegationen habe die österreichische auf das Taiwan-Problem Bezugnehmend eine friedliche Lösung gefordert.

In einem von der Tageszeitung „Die Presse“ am 25. November veröffentlichten Interview bezeichnet der Leiter der österreichischen Wirtschaftsdelegation nach China, Vizepräsident Generaldirektor Seidl, die Tätigkeit der Delegation als erfolgreich. Sowohl die Firmen, die bereits mit Peking Geschäftsverbindungen unterhalten haben, als auch die Newcomers konnten nach Seidls Angaben gute Kontakte verbuchen. Er betont auch, daß die Anerkennung der Pekinger Regierung durch Österreich den Verhandlungen sehr förderlich gewesen sei.

26. November 1971

Österreichs Botschafter in Peking, Thalberg, überreicht dem Stellvertretenden Vorsitzenden Tung Pi-wu sein Beglaubigungsschreiben. Anwesend sind außerdem der Chef des Protokolls im chinesischen Außenministerium, Han Hsu, sowie Botschaftsrat Bukowski von der österreichischen Botschaft.



1. Jänner 1972

In seiner Neujahrsansprache bezeichnet der österreichische Bundespräsident Franz Jonas die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik China als einen der großen Erfolge der österreichischen Außenpolitik.

12. – 14. Jänner 1972

In Wien wird in Zusammenarbeit des österreichischen China-Forschungsinstitutes mit dem Europahaus Wien eine Studienkonferenz über das Thema „China in der modernen Welt“ abgehalten. Auf der einführenden Pressekonferenz vom 12. Jänner erklärt Nationalrat Dr. Karasek beide große österreichische Parteien stünden voll und ganz hinter den Bestrebungen des Österreichischen China-Forschungsinstitutes. Es wird der Presse auch mitgeteilt, daß Vizekanzler a. D. Dr. Bruno Pittermann, Präsident der Sozialistischen Internationale, den Vorstandssitz im China-Forschungsinstitut übernommen hat und daß einstimmig beschlossen wurde, dem 2. Präsidenten des Nationalrats Dr. Alfred Maleta, die Ehrenpräsidentenschaft anzubieten, wozu sich dieser in der Folge auch bereitgefunden hat.

Am 13. Jänner begrüßt Generalkonsul Dr. Buchwieser vormittags die Teilnehmer der Konferenz, welche im Großen Saal der Österreichischen Bundeswirtschaftskammer stattfindet. In seiner anschließenden Eröffnungsansprache verweist Vizekanzler Dr. Pittermann auf die große Bedeutung, die der China-Forschung zukommt und ruft dazu auf, die Aktivitäten des Institutes entsprechend zu unterstützen. Darauf wurden am 13. und 14. folgende Vorträge gehalten und diskutiert: „Erfahrungsberichte über die chinesische Studentenbewegung“ (Referenten: Dr. Chang Sun-fen, Universität Sofia; E.A. Findorff, Senior Officer, Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel); „Perspektiven der politischen Entwicklung Chinas“ (Referenten: Univ. Prof. Theodor Leuenberger, Ordinarius für Zeitgeschichte, St. Gallen, Zürich; Harry Sichrovsky, mehrjähriger Auslandskorrespondent in Peking, Wien (ORF)); „Chinas Wirtschaft und seine Handelsbeziehungen“ (Referent: Dr. Bernhard Großmann, Direktor des Instituts für Asienkunde, Hamburg); „China und die europäische Integration“ (Referent: E. A. Findorff); „China als Wirtschaftspartner Österreichs“ (Referent: Dr. Peter Fitz, Asienreferent der Österreichischen Bundeswirtschaftskammer, Wien); „Chinas Stellung in der Staatengemeinschaft“ (Referenten: Dr. Gerd Kaminski, wissenschaftlicher Leiter des Österreichischen China-Forschungsinsti-

tutes; Dr. Joachim Glaubitz, Asienreferent der Stiftung Wissenschaft und Politik, München).

Rückblickend kann gesagt werden, daß die Konferenz ihre beiden Hauptziele erreicht hat: Heranbildung eines inländischen Fachpublikums, Propagierung Wiens als Tagungsort solcher oder ähnlicher Veranstaltungen.

Die Veranstaltungen wurden von über hundert Teilnehmern besucht. Nicht nur das Inland war mit hohen Beamten des Außenministeriums, des Wissenschaftsministeriums, des Handelsministeriums und anderer Ministerien, durch profilierte Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft vertreten sondern die Veranstaltung hatte auch einen höheren Prozentsatz hochqualifizierter ausländischer Teilnehmer zu verzeichnen. Neben Angehörigen fachverwandter ausländischer Institute und Vertretern ausländischer Massenmedien ist in diesem Zusammenhang vor allem Präsident Fritz van Briessen von der Deutschen Gesellschaft für Ostasienkunde zu nennen. Die Bedeutung der Konferenz wurde nicht nur dadurch unterstrichen, daß während ihres gesamten Verlaufes zwei Vertreter der chinesischen Botschaft in Wien anwesend waren, sondern auch durch den Empfang, den Frau Wissenschaftsminister Dr. Firnberg für Referenten und Konferenzteilnehmer gab und auf dem die chinesische Botschaft nicht nur durch mehrere höhere Beamte sondern auch durch Botschafter Wang-Yueh-Yi persönlich vertreten war.

Die im Rahmen der Konferenz gehaltenen Vorträge werden ganz oder auszugsweise in dieser und der nächsten Nummer des China-Report abgedruckt.





Kürzlich erschienen:

**China-Taiwan**

Historische, politische und völkerrechtliche

Betrachtungen zum China-Problem von

**Gerd Kaminski**

Athenäum Verlag

Die Arbeitsgemeinschaft „Österreichisches China-Forschungsinstitut“ kann infolge der Beteiligung prominenter Politiker beider großen österreichischen Parteien sowie der Teilnahme von Angehörigen der Interessensvertretungen und sonstiger Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Wissenschaft auf eine breite gesamtösterreichische Basis hinweisen.

Im Rahmen ihrer Bestrebungen, das Studium des gegenwärtigen Chinas zu fördern, ermöglicht die Arbeitsgemeinschaft das Erscheinen des „China-Report“. Die in dieser Zeitschrift geäußerten Meinungen sind die der jeweiligen Verfasser und sind der Arbeitsgemeinschaft nicht zuzurechnen, da diese insbesondere zu politischen Problemen keine eigene Stellungnahme bezieht.



Für die nächsten Nummern des „China-Report“ werden Inserate entgegengenommen.





Die Arbeitsgemeinschaft „Österreichisches China-Forschungsinstitut“ wird sich in Kürze als Verein konstituieren. Die Mitglieder des Vereins gliedern sich in: ordentliche, fördernde, korrespondierende Mitglieder (ausländische juristische oder physische Personen, denen grundsätzlich die gleichen Rechte wie ordentlichen Mitgliedern zukommen, ausgenommen des aktiven und passiven Wahlrechts), außerordentliche Mitglieder (österreichische physische Personen, denen grundsätzlich die gleichen Rechte wie ordentlichen Mitgliedern zukommen, ausgenommen des aktiven und passiven Wahlrechts). Die Mitglieder erhalten kostenlos die Zeitschrift, die sonstigen Publikationen des Vereins zu Selbstkosten. Sie können Einrichtungen des Vereins, wie etwa die künftige Bibliothek, Archiv oder Statistiken nach Maßgabe der räumlichen und zeitlichen Möglichkeiten kostenlos benützen.



**BEITRITTSERKLÄRUNG**

Ich erkläre meinen Beitritt zum „Österreichischen China-Forschungsinstitut“ als **ordentliches** (Jahresbeitrag ö. S. 500,-), **förderndes** (Jahresbeitrag ö. S. 5000,- oder Leistung eines einmaligen Beitrages, der dem 100 fachen des Beitrages eines ordentlichen Mitgliedes entspricht. Juristische Personen können nur als fördernde Mitglieder beitreten. Wissenschaftliche Institutionen können bereits durch Bezahlung des doppelten Beitrages eines ordentlichen Mitgliedes als fördernde Mitglieder aufgenommen werden), **korrespondierendes** (ausländische physische – ö. S. 500,- – oder juristische Personen – ö. S. 5000,- – ausländische wissenschaftliche Institutionen – ö. S. 1000,-), **außerordentliches Mitglied** (inländische physische Personen – ö. S. 200,-).

Meinen Beitrag von . . . . . ö. S. werde ich jährlich bis zum 30. 6. auf das Konto „Österreichisches China-Forschungsinstitut“ Giro 00-66276-7, Bank für Arbeit und Wirtschaft AG., Seitzergasse 2-4, 1010 Wien, einzahlen.

Datum \_\_\_\_\_ Name, Adresse \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte ausschneiden und zusenden an:  
 Österreichisches China-Forschungsinstitut 1010 Wien, Tuchlauben 8, Tel. 63 04 76



Ich bestelle ein Jahresabonnement der Zeitschrift „China-Report“ zum Preis von ö. S. 200 (6 Nummern)

Datum \_\_\_\_\_ Name, Adresse \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_







# BÖHLER

Wir stehen nicht ohne Grund an der Spitze im chinesisch-österreichischen Handel. Den ersten Schritt dazu haben wir schon im Jahre 1907 getan, als wir eine Niederlassung in Shanghai gründeten. Aber das ist lange her.

Seit 1956 unterhalten wir wieder kontinuierliche Geschäftsbeziehungen zur Volksrepublik China. Daß wir heute ganz vorne stehen, verdanken wir unseren Erzeugnissen aus Edelstahl, die härtesten Belastungen standhalten und immer dort Einsatz finden, wo höchste Ansprüche gestellt werden.

Nehmen wir dafür ein Beispiel:

Chinas Energieindustrie hat 750 Millionen Menschen zu versorgen. Eine Riesenaufgabe, wenn man bedenkt, wieviele Kraftwerke allein gebaut werden mußten, um die 7,5 Millionen Einwohner Österreichs mit Energie beliefern zu können.

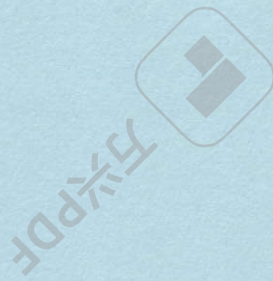
Für das „Herz“ zahlreicher Kraftwerke Chinas — Für die Turbinen und Generatorenanlagen — stellt BÖHLER Schmiedestücke höchster Qualität her.

Aber das ist — wie gesagt — nur ein Beispiel.

BÖHLER liefert auch Rohre, Draht, Bleche, Stabstahl und hochlegierte Schweißelektroden in die Volksrepublik China.

Gebr. Böhler & Co. AG, Edelstahlwerke  
1010 Wien, Elisabethstraße 12





Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Vervielfältigung  
und für den Inhalt im Auftrag des österreichischen  
China-Forschungsinstitutes verantwortlich  
Dr. Gerd Kaminski, A-1080 Wien, Langedasse 35a



**Weltweite Kontakte-**

**Weltweite Finanzierungen**

**Ihr Partner**



**BANK FÜR ARBEIT UND WIRTSCHAFT**

**Zentrale: 1010 Wien, Seitzergasse 2-4, Tel. 63 67 81 Serie**